

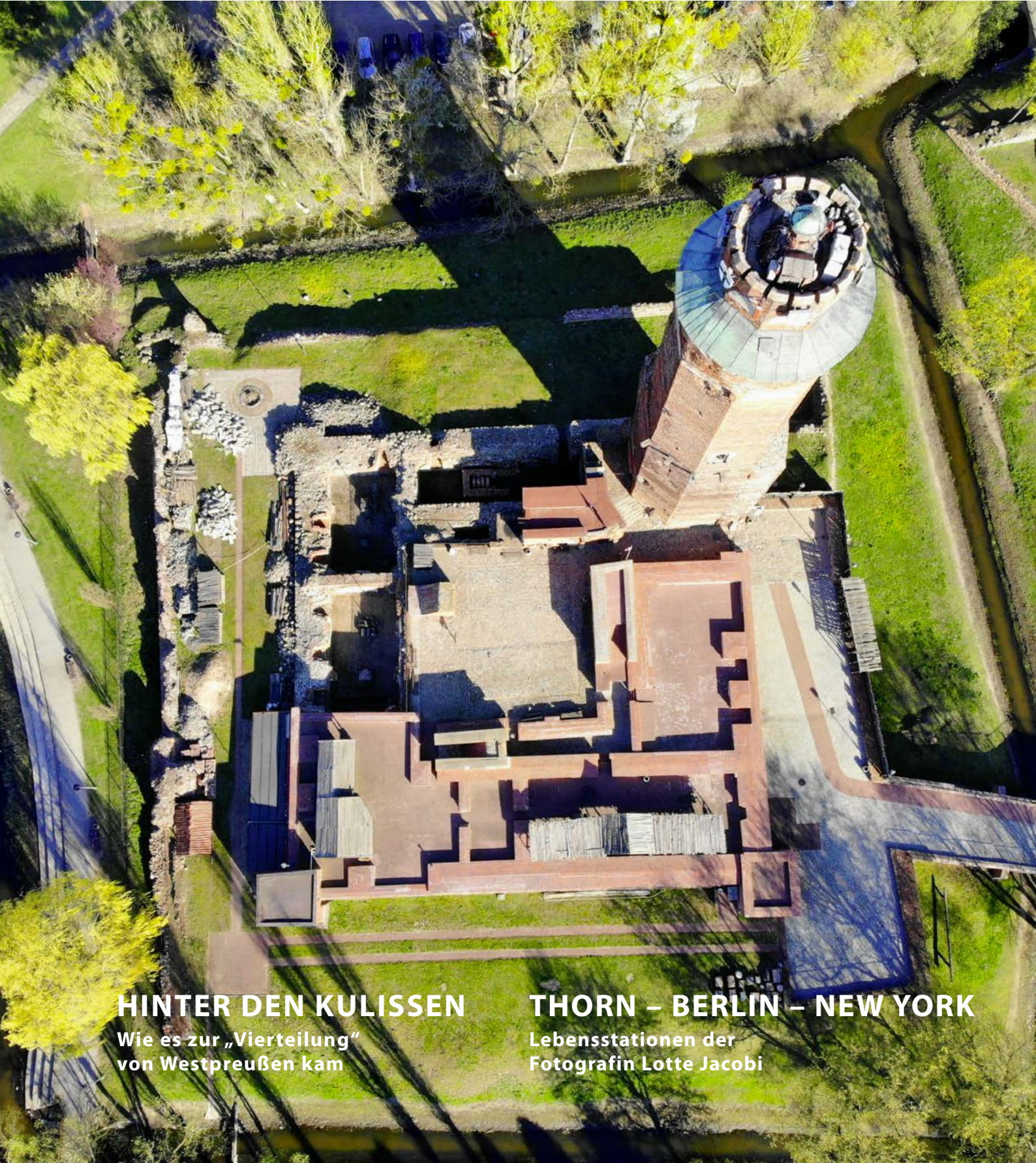
# Der Westpreuße

Begegnungen mit einer europäischen Kulturregion



 UNSER  
DANZIG

72. Jahrgang Heft 3 Mai 2020 € 6 (D) 25 zł (PL)



**HINTER DEN KULISSEN**

Wie es zur „Viertelung“  
von Westpreußen kam

**THORN – BERLIN – NEW YORK**

Lebensstationen der  
Fotografin Lotte Jacobi

# AUS DEM INHALT

5

## VORSPANN

- 3 vorab
- 4 Auf ein Wort

## PANORAMA

- 5 Volker Koepps *Seestück*: Eine Entdeckungsreise entlang der Ostseeküste
- 7 Notizen aus der Dreistadt, aus Elbing, Marienburg und Kujawien-Pommern

## GESCHICHTE UND KULTUR

- 9 VOR 100 JAHREN – DAS ENDE VON WESTPREUSSEN (3): Die „Vierteilung“ der Provinz Westpreußen nach dem Ersten Weltkrieg – Danzig und Westpreußen in der Politik der Siegermächte
- 18 IN DEN BLICK GENOMMEN: *Der Stammhalter* von Alexander Münninghoff
- 19 „Wir leben in der glücklichen Zeit der Vereine“ – Zur Geschichte des bürgerlich-gesellschaftlichen Engagements in Elbing
- 24 Mit Einstein auf dem Segelboot – Zum 30. Todestag von Lotte Jacobi

## POLITIK UND GESELLSCHAFT

- 27 Michael Mamlock spricht im Interview über die Arbeit der MAMLOCK FOUNDATION
- 28 Zwischen Geschichts- und Tagespolitik. Michael Wolffsohn befasst sich mit Fragen deutscher Erinnerungskultur

## NEUERSCHEINUNGEN

### RUBRIKEN

- 3 „Der Westpreuße“?
- 31 Impressum / Autorinnen und Autoren / Anzeige
- 32 Zum guten Schluss

### TITELBILD

Der Turm und die Anlage der Deutschordensburg von Strasburg in einer Luftaufnahme

FOTO: © MICHALNN / SHUTTERSTOCK.COM

**PASSWÖRTER** für die digitalen Fassungen der letzten drei Westpreußen-Ausgaben

- Januar / Februar 2020: heft-1-2020-eww
- März / April 2020: heft-2-2020-ebc
- Mai / Juni 2020: heft-3-2020-lja



Die Ostsee als „Seestück“



Unter Quarantäne



Das Ende einer Provinz



Träger städtischer Kultur:  
Das Elbinger Vereinswesen



Lotte Jacobi – eine Erinnerung zum 30. Todestag am 6. Mai



Suche nach verwischten Spuren

# vorab

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die pandemische Verbreitung des Coronavirus, die alle massiv in Atem hält, trifft uns in einem äußerst ungünstigen Moment: Das kleine „Lager“ an Artikeln war mit der letzten Ausgabe leergeräumt, und gerade jetzt lassen sich unsere kurz- und mittelfristigen Nachschub-Planungen nicht verwirklichen! Es geht also nicht allein darum, dass die NOTIZEN nur noch spärlich eintreffen und dass weder KULTUR-INFORMATIONEN eingehen noch SONDERAUSSTELLUNGEN stattfinden, zu denen wir Ihnen eine „Einladung“ überbringen könnten.

Vielmehr mussten wir unsere eigene, seit langem geplante Westpreußen-Reise absagen, und die präzise abgesprochenen Vorhaben unserer Korrespondentinnen und Korrespondenten, über Cadinen und das Hotel SILBERNE GLOCKE sowie über das neue Thorner Kunst-Zentrum „Zeichen der Zeit“ (ZNAKI CZASU) zu berichten, ließen sich ebenfalls nicht mehr realisieren.

Angesichts dieser Situation, in der zusätzlich zu den Neuigkeiten auch gleich zwei ganze Rubriken weggebrochen sind, war es letztlich eine gute Fügung, dass wir für diese Ausgabe einen Beitrag vorgesehen hatten, der für unsere Zusammenhänge von zentraler Bedeutung ist. Er erschließt innerhalb unserer Artikel-Reihe zum Ende von West-

preußen jetzt detailliert jenen Prozess, der zur „Vierteilung“ der preußischen Provinz geführt hat. Deshalb haben wir gerne die Chance genutzt, dieser Schilderung genügend Raum zu geben (und den Heftumfang nur um vier Seiten kürzen zu müssen).

Wir hoffen, dass Sie unser diesmal besonders breites Angebot in der Rubrik GESCHICHTE UND KULTUR als Ausgleich für die anderen Lücken akzeptieren und sich gerne in die unterschiedlichen Themen vertiefen wollen. Dazu wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre und sind mit einem hoffnungsfrohen „Bleiben Sie gesund!“ und

mit herzlichen Grüßen  
Ihre DW-Redaktion

## „Der Westpreuße“?

Wenn das „größte Magazin“ einer Stadt den Namen *Der Hamburger* trägt, leuchtet diese Benennung sofort ein – aber wer oder was ist *Der Westpreuße*?

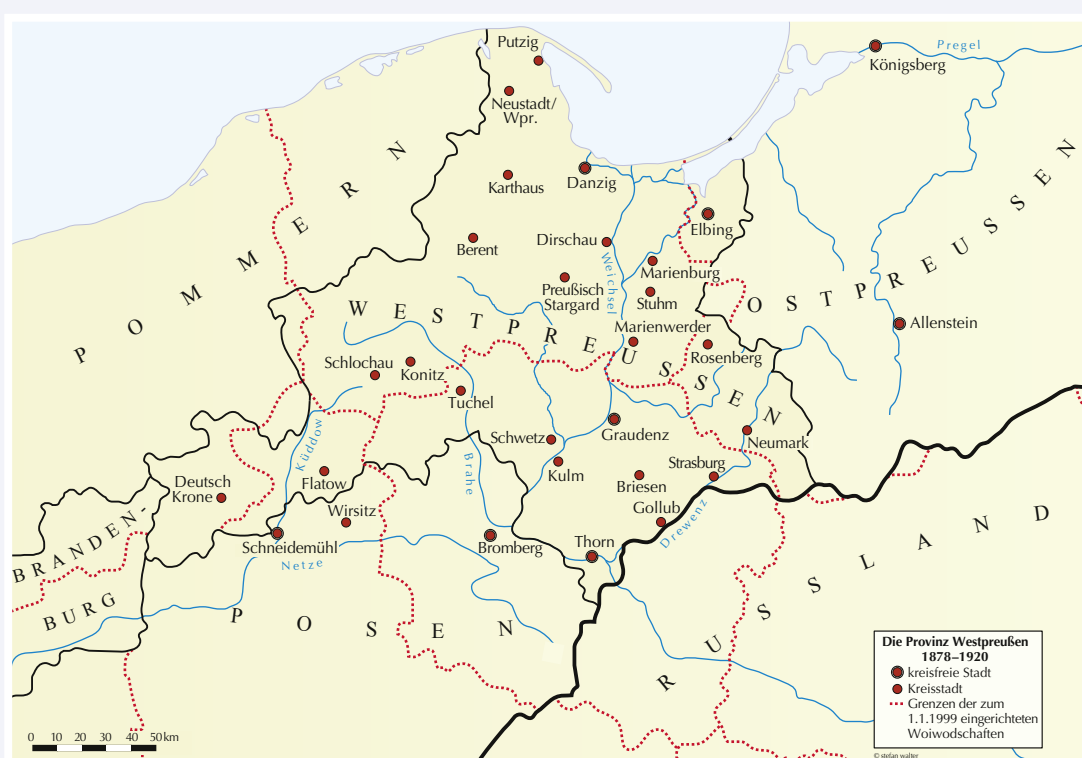
Danzig und das Land an der unteren Weichsel – mit den UNESCO-Welterbestätten Marienburg und Thorn – bilden höchst beliebte Reiseziele. Viele der Touristen aus Deutschland wollen mehr wissen über diese „europäische Kulturregion“, ob sie nun zum ersten Mal kommen oder selbst schon viele Eindrücke vor Ort gesammelt haben. Wahrscheinlich werden sie rasch darauf stoßen, dass diese Landschaft auch mit der deutschen Geschichte verbunden ist und bis 1920 „Westpreußen“ hieß. Das gilt auch für diejenigen, die Familienforschung betreiben oder die einfach kulturhistorisch interessiert sind. Die Gründe, sich heute mit dieser Region zu beschäftigen, können vielfältig sein.

Diesen unterschiedlichen Interessenlagen will *Der Westpreuße* gerecht werden. Der Name dieser Zeitung leitet sich aus der deutschen Geschichte des Weichsellandes ab, denn „Westpreußen“ ist in der Gegenwart eine Erinnerungslandschaft für Menschen, die von dort stammen und für deren Familien dieses Land oft jahrhundertlang Heimat war. Bei der Beschäftigung mit dem kulturellen Erbe und der gemeinsamen Geschichte eröffnet es als historische Kategorie aber auch den heutigen polnischen Bewohnern einen wichtigen Orientierungsraum.

*Der Westpreuße* beschäftigt sich deshalb einesteils mit der Gegenwart des Landes, mit seiner Entwicklung und seinen vielfältigen Attraktionen und

wendet sich andernteils der spannenden, allerdings durchaus konfliktreichen Geschichte dieser Region zu: Schließlich steht „Westpreußen“ nicht nur für eine historische preußische Provinz, es weckt auch Assoziationen an den Deutschen Orden, der hier im Mittelalter das Kerngebiet seines Territoriums hatte, oder an das „Königliche Preußen“ („Prusy Królewskie“), das für mehr als 300 Jahre mit der Polnischen Krone verbunden war. Nicht zuletzt gehören zu dieser Geschichte die einschneidenden Ereignisse im 20. Jahrhundert: Nach dem Ersten Weltkrieg verschwand „Westpreußen“ von den Landkarten, im Zuge des Zweiten Weltkriegs wurde die Region dann von 1939 bis 1945 nochmals gewaltsam zu einem „Reichsgau Danzig-Westpreußen“ zusammengezwungen.

Das Konzept dieser Zeitung zielt darauf, all das zu bewahren und zugleich Möglichkeiten einer zukünftigen gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichte zu erkunden. Wer den *Westpreußen* zur Hand nimmt, kann sich auf eine Vielzahl von unterschiedlichen Entdeckungen freuen.



# AUF EIN WORT

## „Den Frieden unzerbrechbar machen“

**A**LS DER KALTE KRIEG ZU ENDE WAR, stellte der polnische Schriftsteller Andrzej Szczypiorski fest: „Schon heute wird es sichtbar, dass die Konfrontation leichter als die Zusammenarbeit war – an die Konfrontation waren die Menschen gewöhnt, die Zusammenarbeit müssen sie erst lernen.“ In Europa sind wir weit davon entfernt. Heute scheinen die Gräben quer durch unseren Kontinent wieder unüberwindbar.

Das Verhältnis zu Russland ist zerrüttet. Die Militärs lassen auf europäischem Boden ihre Muskeln spielen. Ein neues Wettrüsten hat begonnen. Sicherheitsexperten halten das Risiko, dass der neu ausgebrochene Ost-West-Konflikt eskaliert, heute für höher als in der Spätphase des Kalten Krieges. Dreißig Jahre nach der Weltenwende von 1989 stehen wir Europäer vor einem außenpolitischen Scherbenhaufen. Das neue Kapitel „einer gesamteuropäischen Einigung“, das Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 3. Oktober 1990 beginnen sah, scheint beendet, bevor es geschrieben ist.

Ein friedliches Europa, das Russland mit einschließt, war das große Ziel der Ostpolitik der Siebzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts. Im August 1968 erst hatte der Warschauer Pakt den Prager Frühling niedergeschlagen. In dieser Zeit heftiger Spannungen stellten Willy Brandt und Egon Bahr die politischen Weichen neu und gingen auf den Osten zu. Ihr Gebot war: Europa bauen und den Frieden durch Entspannung sichern – Kooperation statt Konfrontation. Europäische Integration und Annäherung an den Osten waren zwei Seiten der einen Medaille: eines anvisierten größeren Europas – westwärts wie ostwärts – mit einer gemeinsamen Friedensordnung. Zum Symbol der neuen Politik der Verständigung und Aussöhnung mit dem Osten wurde ein Bild, das um die Welt ging: Der Kniefall von Willy Brandt vor dem Mahnmal für die Opfer des Warschauer Ghettos.

Auch heute, in einem grundlegend gewandelten Europa, müssen wir mit dem Architekten der Ostpolitik, Egon Bahr, sagen: Der Schlüssel zu unserer Sicherheit liegt im Osten. Ohne oder gar gegen Russland wird uns unser Kontinent kein sicheres Zuhause sein. In dem Wunsch nach Sicherheit überschneiden sich unsere Interessen und die der Russen: Die Staaten im östlichen Europa – Polen, Lettland, Litauen und Estland –, die Gestaltungsmächte im westlichen Europa – Deutschland und Frankreich – und die wiedererstarkte Großmacht Russland wollen friedlich koexistieren. Das zu organisieren, ist Aufgabe der Diplomatie. Doch die Staaten der Europäischen Union lassen eine konstruktive außenpolitische Initiative noch vermissen. Wir waren schon einmal weiter.

Nicht einmal ein Jahrzehnt ist vergangen, seit Deutsche, Franzosen und Polen im Rahmen des Weimarer Dreiecks schon ein gutes Stück auf dem Weg zu gemeinsamer Sicherheit mit Russland vorangekommen waren. Das Gesprächsforum, gegründet, um Polen die Annäherung an die Europäische Union zu erleichtern, ging 2010 und 2011 erste Schritte zu einem sicherheitspolitischen Dialog mit Russland. Bei einem Treffen von Bundeskanzlerin Merkel mit den Präsidenten Sarkozy und Komorowski in Warschau regte der polnische Präsident an, auch Russlands Präsidenten Medwedew zum Weimarer Dreieck einzuladen. Eine solche Erweiterung hatte der russische Außenminister Lawrow vorgeschlagen. Ein friedenspolitisches Viereck aus Deutschland, Frankreich, Polen und Russland – das Grundgerüst für ein gemeinsames europäisches Haus – lag damals im Bereich des Vorstellbaren!

Heute scheinen die Differenzen wieder unüberbrückbar. Um das Weimarer Dreieck ist es ebenso still geworden wie um das gemeinsame europäische Haus. Wir dürfen uns damit nicht abfinden. Die Idee des gemeinsamen Hauses darf nicht verkümmern. Sie muss das Ziel europäischer Politik bleiben, auch und gerade in einer Zeit, in der nationale Egoismen wieder Konjunktur haben. Einen wesentlichen Beitrag dazu kann Russland selbst leisten. Das Verhältnis Polens und auch der drei baltischen Staaten zu Russland bestimmt die europäische Politik gegenüber dem zunehmend als schwierig empfundenen Nachbarn entscheidend mit. Russland, das größte Land der Erde, sollte den deutlich kleineren Anrainerstaaten im Westen mit mehr Sensibilität begegnen und, statt Stärke zu demonstrieren, ihnen gegenüber Vertrauensarbeit leisten. Das würde helfen, die verständlichen, geschichtlich begründeten Ängste in diesen Ländern, in denen tiefsitzende Ressentiments heute wieder neu geschürt werden, abzubauen.

Die Spaltung zwischen Ost und West ist nicht überwunden. Sie ist geblieben, zum Teil auch wieder deutlicher geworden, nicht nur im Verhältnis zu Russland, sondern auch innerhalb der Europäischen Union und innerhalb Deutschlands. In unserem Land und in der europäischen Gemeinschaft sind wir um Ausgleich bemüht, um die Gräben nicht zu vertiefen. Das sollte auch für unsere Beziehungen zu Russland gelten. Der europäische Nachbar muss integriert, nicht isoliert werden. Übrigens richtet auch eine Mehrheit der Deutschen, Polen und Russen dieses Anliegen an die Politik: Eine Annäherung von Europäischer Union und Russland hielten 2017 in einer Umfrage der Körber-Stiftung 95 Prozent der deutschen, 80 Prozent der polnischen und 66 Prozent der russischen Bevölkerung für wichtig.

Deutschland trägt aufgrund seiner Vergangenheit besondere Verantwortung für das gemeinsame europäische Haus. Unser politisches Handeln muss zum Wohle aller auf Annäherung gerichtet sein. Wie 1975 in Helsinki sollten wir auch heute nichts weniger als einen gesamteuropäischen Einigungsprozess anstreben. Was wir dazu brauchen, ist eine neue Ostpolitik. Und als Überschrift dieser neuen Politik darf noch immer der Satz stehen, in dem Willy Brandt vor einem halben Jahrhundert den Kern seiner Ostpolitik zusammenfasste: „Den Frieden in Europa unzerbrechbar machen“.



Von Matthias Platzeck

*Matthias Platzeck war als Bürgerrechtler seit 1990 Mitglied der DDR-Übergangsregierung unter Hans Modrow und gehörte der im selben Jahr frei gewählten Volkskammer an. Von 2002 bis 2013 war er Ministerpräsident von Brandenburg. Seit 2014 ist Matthias Platzeck Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums. 2020 erschien im Ullstein-Verlag, Berlin, sein neues Buch Wir brauchen eine neue Ostpolitik. Russland als Partner (256 S., ISBN 978-3-5491-0014-1, € 22,-).*

# Eine Entdeckungsreise entlang der Ostseeküste

In Volker Koepps bisher letztem Ostsee-Film begegnet dem Publikum ein faszinierender wie spannungsreicher Natur- und Kulturraum

*Die Ostsee bei Sarkau*

## Vielfache Seestücke

In Zeiten der durch Corona bedingten Isolation schweifen die Gedanken vieler Menschen zu geliebten Orten, die sie aufgrund von Reisebeschränkungen gerade nicht aufsuchen können. So mancher bringt diese Sehnsucht in den sozialen Medien durch die Veröffentlichung von See-Bildern – oft Aufnahmen aus dem letzten Urlaub – zum Ausdruck. Und der maritime ANKERHERZ-VERLAG versieht auf Facebook eines dieser seiner Fotos mit der verheißungsvollen Zusage: „Irgendwann stehen wir wieder am Meer“. Angesichts der ästhetischen Qualität zumindest einiger der das Netz flutenden Bilder könnte man schon fast davon sprechen, dass sich die Netzgemeinde des Genres der – bisher eher mit der klassischen Malerei assoziierten – „Seestücke“ bemächtigt hat.

Ein weiteres Beispiel für die transmediale Aneignung der Seestück-Motivik stellt der bereits im vergangenen Jahr auf DVD veröffentlichte Dokumentarfilm *Seestück* des Regisseurs Volker Koepp dar. Dieser bildet zugleich den bisherigen Höhepunkt der intensiven filmischen Befassung mit der Ostsee, die für Koepp in den 1990er Jahren mit seinen ersten Ostpreußen-Filmen *Kalte Heimat* und *Fremde Ufer* begann, denen nach der Jahrhundertwende u. a. *Kurische Nehrung* und *Schattenland – Reise nach Masuren* wie auch *Berlin – Stettin* und *Pommernland* folgten. Zu nennen wäre aber gerade auch der Dokumentarfilm *Söhne*, mit dem sich Koepp des individuellen Schicksals einer westpreußischen Vertriebenenfamilie annahm.

Der kulturgeschichtlichen Tradition, in die sich Koepp nun mit *Seestück* stellt, ist er sich durchaus bewusst. So denke er, wenn er an Seestücke denke, nicht nur „an die großen filmischen Bilder, die ich mit oder ohne Kamera an der Ostsee erlebt habe“. Vielmehr seien es „auch die Darstellungen in der Malerei, die immer wieder in Gedanken aufscheinen; schließlich ist der Begriff ‚Seestück‘ ein fester Terminus in der Bildenden Kunst, gebräuchlicher noch als ‚Landstück‘. Die



Volker Koepp



Die kurische Nehrung

Motive: die hohen Himmel über dem Meer und ihre Wolkenbildungen. Wellen und Stürme. Überhaupt: der Wind und die Elementarkräfte. Buchenwälder, die bis an die Strände reichen. Steilküsten und Wanderdünen. Die großen Ströme, die sich übers Haff ins Meer ergießen. Das winterliche Erstarren des Wassers an den Küsten, die bizarren Eisbildungen, Platten, die sich wie gefrorene Wellen übereinander schieben.“

## Themen, Orte und Menschen

Wenn Koepp das letztgenannte Phänomen im Kommentar zu seinem Film mit der kritischen Anmerkung verbindet, dass dies „allerdings aufgrund der Klimaerwärmung nicht mehr oft zu erleben“ sein

dürfte, deutet sich bereits an, dass die Ostsee dem Zuschauer in seinem Film nicht nur als sinnlich erfahrbare Landschaft begegnet, sondern in ihrer faszinierenden Mehrdimensionalität: als Ökosystem, Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum, jedoch auch als Feld nicht unerheblicher politischer Spannungen. Diese thematische Vielfalt spiegelt sich sowohl in den unterschiedlichen Orten, die Koepp für seinen Film aufsucht als auch in dem breit gefächerten Spektrum an Menschen, die der Regisseur porträtiert hat.

Im Uhrzeigersinn betrachtet, führt Koepp den Zuschauer auf die Insel Usedom, nach Greifswald und in seinen Bodden, nach Rügen, Warnemünde, auf die dänische Insel Bornholm, an die schwedische Schärenküste bei Simpnäs, in das estnische Fischerdorf Lindii, zum lettischen Strand bei Domesnes (Kap Kolka) – dem nördlichsten Punkt Kurlands –, nach Königsberg und zum pommerschen Badeort Swinemünde. In seiner Choreographie bindet sich Koepp jedoch nicht an eine geographische Reihenfolge, sondern verknüpft die einzelnen Orte anhand thematischer Assoziationen, so dass sich vielfältige Vergleiche, Spannungen und Perspektiven eröffnen.

So vermag der Zuschauer nachzuempfinden, dass die Dreharbeiten für den Regisseur selbst eine „Entdeckungsreise“ waren, wie er rückblickend feststellt: „Der Reiseschriftsteller Willibald Alexis hat vor bald 200 Jahren notiert, dass der Wandernde, der vor seiner Reise schon alles weiß, unterwegs nichts mehr sieht und auch keine wirklichen Erlebnisse hat.“ Dies beziehe sich im Falle von *Seestück* auch auf „die für diesen Film so wichtigen Bilder und Stimmungen aus der Natur. Ohne direkt darauf zu sprechen zu kommen, soll man spüren können, warum die Ostsee eine so große Anziehungskraft für Maler und Literaten hatte und warum sie sich so besonders für die Bildung von Mythen eignete.“



Prof. Dr. Ulrich Bathmann

Unter den deutschen Protagonisten sind mit den Biologen Michael Succow – emeritierter Professor an der Greifswalder Universität sowie Träger des „Alternativen Nobelpreises“ – und Ulrich Bathmann – Direktor des LEIBNIZ-INSTITUTS FÜR OSTSEEFORSCHUNG in Warnemünde – Stimmen prominent vertreten, die für die ökologischen Bedrohungen des südlichen Ostseeraums sensi-

bilisieren. In Swinemünde trifft der Zuschauer auf Lidia Vittendorf und Joanna Agatowska, die der Stadtverordnetenversammlung der pommerschen Stadt angehören, und im Norden Ostpreußens auf die in Rossitten lebende und arbeitende Galina Lugutusowa und ihre Familie sowie den Königsberger Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Wladimir Gilmanov. Das Baltikum begegnet in Person zweier engagierter Frauen: Lasma Medne, die nahe Domesnes lebt und im dortigen „Zentrum für Natur“ arbeitet. Merle Jantson zog vor einigen Jahren in das Fischerdorf Lindii an der Pernauer Bucht und ist dort im Vorstand einer Non-Profit-Organisation für Kunst und Freizeit tätig. Eines der



## SEESTÜCK

Regie: Volker Koepp, Deutschland 2018.

135 Minuten, FSK 0, Dolby Digital 2.0 + 5.1, Region 2, mehrsprachige Originalfassung, Audiodeskription (Deutsch), ISBN/GTIN 4040592007335 – € 16,90

Gesichter Skandinaviens in dem Dokumentarfilm ist der pensionierte Heeresoberst Joakim Collin, der die Sommer in seinem Haus in den Schären nördlich von Stockholm verbringt.

### Zwischen Idylle und Kritik

Koepps „Entdeckungsreise“ bietet beides: die berührende ästhetische Erfahrung der idyllischen – teils auch romantisch-rauen – Ostsee, eingefangen durch großartige Einstellungen von Kameramann Uwe Mann, ebenso wie eine feinfühlig diagnostische Diagnose der Probleme, die den Ostseeraum heute beeinträchtigen, bzw. der Sorgen, die seine Bewohner umtreiben. Für eine solche doppelte Perspektive ist der Regisseur Koepp schon deshalb prädestiniert, weil er – wie bereits seine bisherigen Ostsee-Filme belegen – die Gegenwart stets vor dem Hintergrund der spannungsreichen Historie der Region betrachtet: „Der geografische Raum der Ostsee hat eine lange Geschichte aus Kriegen, Teilungen, Vertreibungen und Flüchtlingsströmen.“ Ihn interessiert die Geschichte der Deutschen und ihrer Nachbarn im Osten und Norden: „Die Hoffnungen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Und die neuen Spannungen der letzten Zeit: Großmanöver der Nato an den baltischen Küsten und russische Scheinangriffe.“

Es mag insbesondere für das Publikum in Deutschland – dessen geopolitischer Diskurs, sofern es ihn überhaupt gibt, noch von der Idee eines „Endes der Geschichte“ und dem Einstreichen der Friedensdividende „nach Untergang der Sowjetunion geprägt ist – aufrüttelnd sein, wie die militärischen Spannungen zwischen NATO und Russland das Leben der Menschen weiter östlich und nördlich an der Ostsee prägen. Dies artikulieren Koepps Gesprächspartner. Einer Ursachenanalyse enthält sich der Regisseur: Dies entspricht prinzipiell der Konzeption seiner (wohlgemerkt) Dokumentar-Filme und lässt sich hier auch konsequent durchhalten – anders als dies beim Blick auf ein anderes Meer wäre, das Schwarze Meer, bei dem die völkerrechtswidrige Annexion der Krim eindeutige Positionierungen unausweichlich fordern würde.

Dem deutschen Publikum vertrautere Themen, derer sich *Seestück* annimmt, sind der Umweltschutz und die Lage der Fischereiwirtschaft. „Schon vor Jahren“, erinnert sich Koepp, „erzählten mir Fischer von Phosphor-Resten aus Weltkriegs-Munition in ihren Fischernetzen, mit denen sie sich die Hände verbrannten“. Heute dominierten hingegen die Auswirkungen des Klimawandels: „Durch die Erwärmung des Meerwassers bilden sich Blaualgenteppeiche und Todeszonen immer weiter aus.“ Jedoch auch die „allgemeine Verschmutzung der Meere“ sei „ein großes Problem“.

Mit den Fischern kehrt Koepp zu einem der Hauptmotive klassischer „Seestücke“ – in Öl oder Acryl auf Leinwand – zurück. Jedoch ist ihr Leben – zumindest mit Blick auf dessen ökologische und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen – härter als zu den Zeiten, als man sie in Gemälden festhielt: „Ihr Alltag“, so Koepp, „hat sich durch den Rückgang der Fischbestände und die Regulierung durch EU-Normen und Fangquoten drastisch verändert.“ Geringe Verdienste führten für viele zur Aufgabe des Berufs: „Wie in der Landwirtschaft findet auch hier die Verdrängung durch hochtechnisierte, industrialisierte Unternehmen statt.“

st Tilman Asmus Fischer

# Notizen aus ...

## der Dreistadt

**BÜRGER-DIALOG** Das Bemühen, den Einwohnern von Danzig die Zugänge zur Verwaltung zu erleichtern und insbesondere auch eine Gelegenheit zum Äußern individueller Anliegen zu schaffen, hat sich als äußerst erfolgreich erwiesen. Das vor einem Jahr eingerichtete städtische Kontakt-Zentrum bietet die Möglichkeit, 24 Stunden lang und gleichermaßen an Werk- wie Sonn- und Feiertagen kompetente Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter telefonisch, per Mail oder auf Facebook anzusprechen, von ihnen Informationen zu erhalten oder ihnen auch eigene Anregungen zu übermitteln. Dabei geht es vornehmlich um Hilfestellungen beim Umgang mit einzelnen Behörden, aber auch um Fragen des Verkehrs, des Tourismus oder des gesellschaftlichen Zusammenlebens im Allgemeinen. Während des einjährigen Probestraufs haben die Mitarbeiter über 30.000 persönliche Telefonate geführt und mehr als 40.000 Meldungen erhalten. Angesichts dieser ausgezeichneten Bilanz wird das Kontakt-Zentrum seine Arbeit auch weiterhin fortsetzen.

**EXPANSION** Das Danziger Stadt- und Einzugsgebiet dehnt sich immer weiter nach Süden hin aus. Deshalb werden Planungen von entsprechenden Eisenbahnverbindungen, ins-

besondere mit der Kaschubei, energisch vorangetrieben: Die Danziger Stadtpräsidentin Aleksandra Dulkiewicz hat gemeinsam mit Vertretern der anliegenden Gemeinden Praust (Pruszcz Gdański), Kahlbude (Kolbudy) und Zuckau (Zukowo) sowie dem Vorstandsvorsitzenden der – speziell auf die Strukturen der Dreistadt zugeschnittenen – S-Bahn (PKPSKM) eine Absichtserklärung unterzeichnet, in der sich die Partner darauf verständigen, das Konzept des Netzausbaus bis zum Ende des laufenden Jahres fertigzustellen. Dieser Termin soll unbedingt eingehalten werden, weil nur dann noch rechtzeitig ein EU-Antrag auf eine finanzielle Förderung für den Zeitraum von 2021 bis 2027 eingereicht werden kann.

**„NEUER“ HAUPTBAHNHOF** Der denkmalgeschützte Danziger Hauptbahnhof wird gegenwärtig tiefgreifend umgebaut. Dabei geht es vor allem um die vollständige Renovierung der Außenfassade, die Wiederherstellung der Empfangshalle nach historischem Vorbild und den behindertengerechten Ausbau der gesamten Anlage. Im Rahmen dieser Maßnahme wurde auf der Fläche zwischen dem Fernbahnhof und den Haltestellen der S-Bahn ein kleines „Container-Dorf“ aufgestellt, in dem vorübergehend die Fahrgäste betreut werden. Der Verkehr am Bus-Bahnhof und an den vom Hauptgebäude aus zugänglichen Straßenbahn-Haltestellen soll – wie Krzysztof Mamiński, der neuberufene Präsident der Polnischen Staatsbahnen (PKP) bei der Vorstellung des Projekts



Das zukünftige Aussehen des Hauptbahnhofs sowie der Bahnhofshalle

erläuterte – während der Umbauarbeiten weitgehend störungsfrei verlaufen. Die Tunnelverbindung zu den weiteren Haltestellen des ÖPNV wird jedoch in die Maßnahmen einbezogen, so dass hier Behinderungen der Fußgänger nicht ausgeschlossen sind. Den Zuschlag für die Ausführung erhielt das Bauunternehmen MOSTOSTAL WARSZAWA. Da das Angebot niedriger war als dasjenige anderer Bewerber, aber trotzdem noch oberhalb des bereits von 70,6 auf 83,4 Mio. Złoty (19,5 Mio. EUR) angehobenen Budgets lag, wurde für die Auftragserteilung eine nochmalige Anhebung des Finanzvolumens erforderlich. Die Bauarbeiten sollen Ende 2021 abgeschlossen sein. *Peter Neumann*

## Elbing

**UNTER QUARANTÄNE** Die strengen Einschränkungen, denen das Leben in Elbing unterworfen worden ist, scheinen Erfolge zu zeitigen. Bis Anfang April lag nach Auskunft des Kreis-Gesundheitsamtes die Anzahl der nachweislich am Corona-Virus Erkrankten im Stadtgebiet unverändert bei nur 14 Personen. Weitere 57 Menschen waren zu diesem Zeitpunkt unter Quarantäne gestellt worden, und 126 wurden epidemiologisch überwacht. Glücklicherweise waren bislang noch keine Todesfälle zu beklagen. Das ehemalige Städtische Krankenhaus in der Pott-Cowle-Straße (ul. S. Żeromskiego) ist inzwischen speziell für die Be-



kämpfung der Corona-Pandemie eingerichtet worden.

**KEINE WAHL** Stadtpräsident Witold Wróblewski hat offiziell beantragt, die für den 10. Mai dieses Jahres geplanten Präsidentschaftswahlen auf einen späteren Termin zu verschieben. Ein entsprechendes Schreiben ging sowohl an den Sprecher des Sejm als auch den Premierminister in Warschau sowie an den Leiter der Wahlkommission in Elbing. Darin wies Wróblewski auf das erhebliche Risiko hin, dem die Menschen bei der Organisation und Durchführung solch einer Wahl ausgesetzt seien, und lehnte es ab, unter den gegebenen Gefährdungen die Verantwortung für Leib und Leben der Bürge-

rinnen und Bürger zu übernehmen. Die Sicherheit der Stadt habe, sagte er, für ihn die allerhöchste Priorität.

**KEIN „HOSIANNA“** Zum ersten Male seit vielen Jahrzehnten ging in der Stadt niemand am Sonntag vor Ostern Palmwedel schwenkend zu seiner Kirche; und es fand auch kein einziger Gottesdienst statt. Dieser – gerade für Polen schwer zu akzeptierende – Verzicht war aufgrund der staatlichen Bestimmungen unausweichlich geworden. Zudem hatte der Elbinger Bischof Jacek Jezierski bei den Gläubigen um Verständnis für diese gravierende Entscheidung geworben und auch seinerseits gebeten, sich von allen gesellschaftlichen Aktivitäten fernzuhalten und auf Treffen mit Freunden oder sogar Mitgliedern der eigenen Familie zu verzichten. *Lech Ślodownik*

## Marienburg

**PANDEMIE** Aufgrund der Verordnung, die der polnische Gesundheitsminister angesichts der Corona-Krise am 13. März erlassen hat, gelten seitdem auch in Marienburg strenge Abstandsregelungen und Kontakt-Sperren. Zudem ist ab dem 16. April das Tragen eines Mundschutzes in der Öffentlichkeit verpflichtend geworden. Das rasche Handeln der Behörden findet bei der Bevölkerung weitgehende Zustimmung, denn das Bewusstsein, dass alle ausnahmslos und in hohem Maße gesundheitlich gefährdet sind, ist weit verbreitet. Ob bzw. wann die Einschränkungen schrittweise gemildert werden, ist gegenwärtig nicht abzusehen. Immerhin wurde in der Stadt bis Mitte April noch keine bestätigte Corona-Infektion gemeldet. – Der soeben erwähnte Erlass des Gesundheitsministers

hat Bürgermeister Marek Charzewski dazu veranlasst, auch den Städtischen Markt unbefristet zu schließen.

**TERMINVERSCHIEBUNG** Ebenso wie Witold Wróblewski in Elbing haben auch die Bürgermeister Marek Charzewski und Leszek Tabor in Marienburg bzw. Stuhm dafür plädiert, die auf den 10. Mai angesetzte Wahl des polnischen Staatspräsidenten aufgrund der Corona-Krise zu verschieben. In Schreiben an die staatliche Wahlkommission in Warschau und den regionalen Wahlkommissar in Danzig haben sie erklärt, dass sie sich im Blick auf die gesundheitlichen Risiken, die für die Wähler und Wahlhelfer bestünden, außerstande sähen, die Wahl in angemessener Weise zu organisieren und durchzuführen.

**FLUGSCHAU** Auf dem Flughafen Königsdorf wurde nach einer längeren Pause der Flugbetrieb mit MIG-29-Maschinen wieder auf-

genommen. Dadurch ist eine wichtige Voraussetzung dafür erfüllt, dass die beim Publikum äußerst beliebte, mit der Vorstellung neuer Waffensysteme verbundene Flugschau neuerlich organisiert werden kann. Nach der letzten Veranstaltung dieser Art, die 2018 erfolgreich durchgeführt worden war, stürzte 2019 einer der MIG-29-Jäger ab; deshalb mussten die Flugbegeisterten in jenem Jahr auf die spektakuläre Flugschau verzichten. Ob sie 2020 tatsächlich am 12. September stattfinden können, ist gegenwärtig – im Blick auf die Corona-Krise – allerdings keineswegs sicher.

**UNGLÜCK** In Simonsdorf ist eine mit zwei Eisenbahnern besetzte Draisine von einer Lokomotive erfasst und über vierhundert Meter mitgeschleift worden. Beide Personen erlitten tödliche Verletzungen. Die Eisenbahnstrecke musste wegen der Unfallaufnahme für mehrere Stunden gesperrt bleiben. *Bodo Rückert*

## Kujawien-Pommern

**ARRIEREFREI** Die PKP, die Staatlichen Polnischen Eisenbahnen, haben, mit einem Finanzierungsanteil aus EU-Mitteln, 100 Mio. Złoty für die Modernisierung von 15 Bahnstationen bereitgestellt. Dabei geht es darum, die Bequemlichkeit und Sicherheit der Fahrgäste z. B. durch neue Bahnsteigüberdachungen und -markierungen zu verbessern und vor allem durch Rampen oder den Einbau von Fahrstühlen Menschen mit eingeschränkter Mobilität die Nutzung der Züge zu erleichtern oder überhaupt zu ermöglichen. In früheren Phasen des Programms sind bereits die Hauptbahnhöfe von Stettin, Danzig oder Rzeszów modernisiert worden. Nun finden acht Bahnstationen in Kujawien-Pommern Berücksichtigung. Für die Einwohner von Thorn ist dabei besonders interessant, dass auch die Bahnhöfe Thornisch Papau (Papowo Toruńskie), Tauer (Turzno) und Kamionki-See dazugehören, denn sie liegen an der Strecke, die zu einem der beliebtesten sommerlichen Ausflugsziele führt.

**BURG-PFLEGE** Ein regionales Förderprogramm der Woiwodschaft Kujawien-Pommern verfolgt mit einem Gesamtvolumen von 23 Mio. Złoty das Ziel, Baudenkmäler zu erhalten und für Besucher zu erschließen. Von dieser Summe geht ein Betrag von rd. 2,5 Mio. Złoty als Zuschuss an die Schwetzer Burg. Mit diesen Mitteln soll neben dem



34 m hohen Turm – der mit einer vertikalen Abweichung um 106 cm übrigens der höchste schiefe Turm in Polen ist – das Gebäude saniert werden, damit es in Zukunft das Museum des Schwetzer Landes beherbergen kann. Zudem wird das Gelände im Umfeld der Burg neu gestaltet. Den Plänen schwebt vor, dass hier für die Bürger wie für die Touristen ein attraktiver Ort entsteht.

**TIERMEDIZIN** Auch wenn im ganzen Land die Corona-Pandemie herrscht, vermag sie die Realisierung langfristiger Zukunftspläne nicht gänzlich zu verzögern. Die Nikolaus-Kopernikus-Universität unterzeichnete den Vertrag über den Bau ihres neuen veterinärmedizinischen Zentrums. Das Gebäude mit der Gesamtfläche von 6.412 m<sup>2</sup> entsteht an der Bromberger Chaussee. Im Untergeschoß wird neben der Tiefgarage und der Hauptgarderobe die klinische Abteilung für Schweine eingerichtet. Im Erdgeschoß finden die Aufnahme, der Warteraum und die klinische Abteilung für die anderen Großvieh-Gattungen (Rinder und Pferde) ihren Platz. Das Obergeschoss wird Raum bieten für die Kleintier-Klinik und vier

Operationssäle sowie für die Bereiche der wissenschaftlichen Forschung und der Lehre. Auf dem Dach schließlich wird eine großzügige Aussichtsterrasse angelegt. Den Auftrag für die Errichtung dieses dann modernsten tiermedizinischen Zentrums in ganz Polen erhielt die österreichische STRABAG SE, die sich verpflichtet hat, den Bau binnen 600 Tagen fertigzustellen. Das Finanzvolumen beträgt fast 31 Mio. Złoty. Im nächsten Jahr wird die medizinische Ausstattung öffentlich ausgeschrieben, die beispielsweise CT- und MRT-Geräte umfasst. Zudem soll ein innovatives System zum Transport der Tiere innerhalb der Anlage entwickelt werden. *Piotr Olecki*



Virtuelle Entwürfe des veterinärmedizinischen Zentrums



Vor 100 Jahren – Das Ende von Westpreußen (3):

# Die „Vierteilung“ der Provinz Westpreußen nach dem Ersten Weltkrieg — Danzig und Westpreußen in der Politik der Siegermächte

Von Lutz Oberdörfer

## Zur Ausgangslage

Im Verlauf des Weltkrieges zeichneten sich im östlichen Europa dramatische Veränderungen der Verhältnisse ab, die bis zu dessen Ausbruch durch die Dominanz dreier Großreiche als integraler Bestandteil der europäischen „balance of power“ bestimmt waren: Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn. Auch für das dreigeteilte Polen – Jochen Böhrer hat gerade im *Westpreußen* dazu geschrieben – boten sich neue Möglichkeiten, deren konkrete Umsetzung allerdings von der Entwicklung der Lage an den Fronten und den Kräfte- wie Interessenverhältnissen am Ende des Großen Krieges abhing. Aus Raumgründen kann hier nur auf das Lager der Entente-Mächte kurz eingegangen werden. Weil Großbritannien und Frankreich das dominierende russische Interesse in der Region anerkannten, richteten die polnischen Nationaldemokraten ihre Bemühungen zunächst vor allem auf die Führung in Petrograd, wobei sie auf die herausragende Bedeutung der Gewinnung von Danzig und Thorn verwiesen. Zwar zeigte sich Russland unter der wachsenden Last des Krieges gegenüber der Idee eines Königreiches Polen aufgeschlossen, wenn auch unter einer nicht verhandelbaren Bedingung: Polen musste sich eng an das Zarenreich anlehnen und mit der Krone der Romanows verbunden bleiben. Gegenüber polnischen Wünschen nach West- und Ostpreußen reagierten russische Diplomaten eher unverbindlich. Allerdings, die Regierungen in Paris und Petrograd verständigten sich im März 1917 insgeheim darauf, dass Russland nach dem Krieg die weitreichenden französischen Ziele bis zum Rhein unterstützen werde. Frankreich sicherte seinerseits dem Bündnispartner freie Hand für seine weitreichenden Territorialziele im Westen zu und bestätigte Russlands Entscheidungsrecht in der polnischen Frage. Anders als

beim ebenfalls geheimen Sykes-Picot-Sasonow-Abkommen von 1916 zur Aufteilung des Osmanischen Reiches oder dem Londoner Vertrag über den Preis des italienischen Kriegseintritts war London nicht beteiligt.

Offiziell schlossen sich Großbritannien und seine Entente-Partner dem Postulat des Ende 1916 knapp wiedergewählten amerikanischen Präsidenten Wilson an, nach dem das „Selbstbestimmungsrecht“ aller Völker Grundlage für einen Friedensschluss sein sollte.



**Russische Territorialforderungen** – Bereits kurz nach Kriegsbeginn erklärte die Regierung des Zaren den Entente-Partnern ihre Absicht, die Grenzen von „Russisch-Polen“ nach dem erhofften Sieg deutlich auszudehnen. Die vorliegende Karte umfasst das Gebiet, welches Außenminister Sasonow am 14. September 1914 gegenüber den Botschaftern Frankreichs und Großbritanniens als wünschenswert skizzierte.

Ihre Zustimmung fand auch Wilsons Vorstoß von Anfang 1917 für ein „einiges, unabhängiges und autonomes Polen“.

Schon Mitte 1916 hatte sich das britische Kabinett intern darauf verständigt, dass zur Schaffung der gewünschten stabilen Nachkriegsordnung das „Nationalitätenprinzip einen der bestimmenden Faktoren“ für Territorialentscheidungen darstelle. Es dürfe aber – wenn irgend möglich – nie so weit getrieben werden, „dass daraus wahrscheinliche Gefahren für den zukünftigen Frieden Europas entstehen könnten“. Als Hauptaufgabe der britischen Diplomatie galt die Maxime, die Entstehung neuer Gefahrenherde (danger spots) „vom Elsass-Lothringen Typ“ zu vermeiden. Zu leicht könnte daraus in nicht zu ferner Zukunft der Funke für einen neuen Krieg (im Osten) schlagen, der dann wahrscheinlich auch England und sein Empire mit verheerenden Folgen in einen zweiten gewaltigen Waffengang hineinziehen würde. Diese Position bestimmte auch die Haltung zur Problematik eines Seezugangs für ein autonomes bzw. (später) unabhängiges Polen. Allerdings genoss diese Frage bei den weltweit engagierten angelsächsischen Mächten keine große Priorität. Weder Amerikaner noch Briten hielten entsprechende Forderungen für ein vitales Kriegsziel. Im britischen Kabinett dominierte die Auffassung, dass „die Briten“ nicht bereit wären, für einen direkten polnischen Seezugang zu kämpfen und es schon allein deshalb unklug wäre, dieses zum britischen Kriegsziel zu erklären. In diesem Sinne hatte Premier Lloyd George am 5. Januar 1918 in seiner „Kriegsziele Rede“ erklärt, dass sein Land keine vertraglichen Verpflichtungen übernommen habe, aber dem Grundsatz eines unabhängigen und vereinten Polens zustimme. In seiner 14-Punkte-Erklärung einige Tage später befürwortete der amerikanische Präsident die „Errichtung“ eines unabhängigen polnischen Staates mit einem freien und sicheren Zugang zum Meer. Verständlicherweise zeigten sich polnische Vertreter wie Paderewski darüber irritiert, dass Wilson an dieser Stelle das Wort „muss“ (must) im Entwurf durch „sollte“ (should) ersetzt hatte.

## Zwischen dem Ausscheiden Russlands aus dem Krieg und der Pariser Friedenskonferenz

### Perspektiven und Postulate

Die skizzierte Situation änderte sich radikal mit dem Sieg der Bolschewisten im Oktober 1917 und dem Ausscheiden Russlands aus dem Krieg. Wenn auch der Krieg im Lager der Entente und der assoziierten USA bis in den Sommer 1918 hinein als noch lange nicht vor seinem Ende stehend gesehen wurde: Die zukünftige Rolle eines unabhängigen Polens in Europa einschließlich seiner Grenzen kam nun auf die Tagesordnung der Westmächte. Die damit verbundenen Möglichkeiten vor Augen, intensivierten polnische Ver-

treter massiv ihre Anstrengungen in den alliierten Hauptstädten. Da die Wiederherstellung polnischer Staatlichkeit bei einer Niederlage der Mittelmächte nun gesichert schien, konzentrierten sie sich auf die zukünftigen Grenzen. Alle polnischen politischen Gruppierungen waren sich trotz vielfältiger Konflikte untereinander zumindest in der Forderung einig, dass der angestrebte starke und territorial ausgedehnte polnische Staat einen eigenen und weiten Zugang zur Ostsee mit Danzig als Haupthafen haben müsse. Die Wünsche der ansässigen Bewohner waren diesem Ziel unterzuordnen.

Schnell wurde deutlich, dass die Westmächte zwar im grundsätzlichen Ziel der Schaffung einer stabilen Nachkriegsordnung übereinstimmten, es über das Wie aber unterschiedliche Auffassungen gab. Stark verallgemeinert: Washington und London wollten, dass Deutschland einen sehr hohen Preis für den Krieg bezahlen müsse. Im Interesse eines funktionsfähigen internationalen Gleichgewichts und des Wiederaufbaus Europas sollte Deutschland schrittweise in eine liberal-kapitalistische Nachkriegsordnung eingebunden werden. In einem stabilen und prosperierenden Umfeld könnten später „legitime Forderungen“ der wieder erstarkten Mächte Deutschland und Russland berücksichtigt werden, ohne dabei das europäische Gleichgewicht völlig zu zerstören. Frankreich hingegen strebte die Rolle



*„Kongresspolen“ – Zur Nachfolge des von Napoleon 1807 begründeten Herzogtums Warschau entschied der Wiener Kongress 1815 die Schaffung eines eng mit dem Zarenreich verbundenen Königreiches Polen. Seine Sonderrechte wurden zunehmend eingeschränkt und nach dem polnischen Aufstand von 1863 gänzlich aufgehoben. Für London und Washington galt das Gebiet des so genannten Kongresspolens als Basis für die Wiederherstellung polnischer Staatlichkeit nach dem Zusammenbruch Russlands und dem Sieg gegen die Mittelmächte im Weltkrieg, weil es weitgehend dem geschlossenen polnischen Siedlungsraum entsprach.*

der kontinentalen Führungsmacht an, befürwortete die maximale und dauerhafte Schwächung Deutschlands einschließlich großer Gebietsverluste im Westen und Osten und sah in Polen den Ersatz für Russland als östlichen Grundpfeiler seines Allianzsystems. Deshalb unterstützte Frankreich auch weitreichende polnische Territorialforderungen, die im Osten die Grenzen des multinationalen Polen-Litauen vor der ersten Teilung als Grundlage nahmen und im Westen über diese hinausgingen. Häufig akzeptierte Paris den Primat historischer und strategischer Argumente; jedenfalls dann, wenn es für Frankreich nützlich erschien. Dem polnischen Nationalkomitee unter Roman Dmowski versicherte Clemenceau sogar öffentlich, dass Frankreich nach dem Sieg über Deutschland alles in seiner Macht stehende zur Wiederherstellung eines freien, unabhängigen und mächtigen Polen auf der Grundlage der polnischen Territorialvorstellungen tun werde. Dazu zählte ausdrücklich der direkte Zugang zur Ostsee über Danzig. Ein Memorandum des Quai d'Orsay vom Dezember 1918 betonte in diesem Zusammenhang auch, dass eine umfangreiche territoriale Expansion Polens auf deutsche Kosten eine wünschenswerte Garantie für eine deutsch-polnische Dauerfreundschaft darstelle. Auf diese Weise blieb Polen auf französischen Goodwill angewiesen.

Völlig ausschließen mochte Paris eine bloße Internationalisierung der Weichsel und polnische Freihafenrechte in Danzig intern aber nicht. Jede Suche nach einer Paketlösung schloss ein Geben und Nehmen ein.

Auch Briten und Amerikaner sahen mittelosteuropäische Fragen primär durch die Brille ihrer Deutschland- und Russlandpolitik. Anders als viele in der französischen oder gar in der polnischen Führung hielten sie es für völlig unvermeidlich, dass früher oder später beide wieder Vormächte der Region sein würden. Stabile Verhältnisse in Mittelost-/Osteuropa wären dann nur noch mit, aber nicht gegen sie möglich. Allein vom Potenzial her bliebe Polen ihnen deutlich unterlegen.

Rasch mussten die von ungezählten Lobbyisten bedrängten Hauptsiegermächte – schon im Vorfeld der Friedenskonferenz – erkennen, dass die Durchsetzung gerechter Lösungen nur schwer realisierbar war. Denn was eine Seite als gerecht betrachtete, bewertete eine andere schnell als ungerecht. Das galt von der Danzig-Westpreußen-Problematik über Dalmatien bis zum Gebiet um Smyrna. Hinzu kam, es gab keine von allen Interessenten akzeptierten Statistiken zur nationalen Zusammensetzung in den vielen umstrittenen Gebieten, dafür umso mehr solche, die jeweilige Positio-



Sitzend von links: Maurycy Zamojski, Roman Dmowski und Erazm Piltz  
Stehend von links: Stanisław Kozicki, Jan Emanuel Rozwadowski, Konstanty Skirmunt,  
Franciecek Fronczak, Władysław Sobański, Marian Seyda und Józef Wielowiejski

Das polnische Nationalkomitee – **das Komitet Narodowy Polski w Paryżu (KNP)** – wurde im Sommer 1917 als unabhängige polnische Interessenvertretung von Roman Dmowski begründet und im Herbst von den Entente-Mächten und den USA als provisorische polnische Regierung anerkannt. Ihr Hauptziel bestand in der Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates. Bis zur Auflösung des KNP nach Schaffung einer polnischen Einheitsregierung in Warschau unter Ignacy Paderewski im Januar 1919 blieb Dmowski Präsident des in Paris ansässigen polnischen Nationalkomitees. Danach übernahm Dmowski die Leitung der polnischen Verhandlungsdelegation in Paris. Józef Piłsudski blieb – nunmehr von allen wichtigen politischen Gruppierungen anerkannter – Staatspräsident. Rasch erkannten die Siegermächte die neue Regierung unter Paderewski anstelle des KNP als rechtmäßige polnische Regierung und Piłsudski als Staatsoberhaupt an.

nen untermauern sollten. Gleichzeitig wurden zur Unterstreichung eigener Ansprüche auch strategische und ökonomische sowie historische Argumente beigebracht. Zu letzteren gehörten Berechnungen wie die nationale Zusammensetzung ohne vorangegangene Germanisierung, Polonisierung, Russifizierung, Madjarisierung oder Italinisierung aktuell wäre. Letztlich vergeblich argumentierten vor allem Briten und Amerikaner in einer Mischung aus Überredung und Warnung gegenüber den so genannten Nachfolgestaaten, dass sie es sich im eigenen Sicherheitsinteresse überhaupt nicht leisten könnten, unversöhnlich auf Territorien zu bestehen, auf die zwei oder mehr Staaten kompromisslos Anspruch erhoben: z. B. auf das Teschener Schlessien, das Wilna-Gebiet, Ostgalizien, Siebenbürgen, dalmatinische und istrische Gebiete, das Banat oder die Dobrudscha. Die zwangsweise daraus entstehenden instabilen Verhältnisse würden die dringend benötigten Investoren abschrecken und noch dazu eine spätere Revisionspolitik begünstigen.

### Memoranden und Statistiken

In Vorbereitung der Friedenskonferenz ließ die britische Führung eine Reihe von Denkschriften erarbeiten, die den bisherigen Meinungsbildungsprozess und die diesem zugrunde gelegten Fakten, Perzeptionen und Wertungen zusammenfassten und als eine Art von Grundlagenpapieren für die in Paris bevorstehenden komplizierten Verhandlungen angelegt waren. Von grundsätzlicher Bedeutung waren die Wiederherstellung und Sicherung eines stabilen Mächtegleichgewichts. Brisante Territorialfragen wurden fast ausschließlich im Osten erwartet. Nur „gerechte Abkommen“ versprachen Stabilität und Dauerhaftigkeit. Dazu zitierte die Denkschrift über Grundlagen der zu schaffenden Friedensordnung ausdrücklich Präsident Wilson mit den Worten: „Wir müssen (auch) jenen gegenüber gerecht sein, gegenüber denen wir wünschten ungerecht zu sein.“ In der vom Außenministerium erarbeiteten „Polendenkschrift“ wurde die Bedeutung eines ethnografisch kompakten Polens bekräftigt. Die

Umsetzung der viel weitergehenden Forderungen der Polen würde ihren Staat tendenziell schwächen „und seine Position unmöglich machen“. Wörtlich hieß es:

*Falls die Friedenskonferenz größere Teile von Deutschen oder Russen bewohnten Landes oder Gebiete, deren Bewohner eine Union mit Russland oder Deutschland wünschen, an Polen übergibt, laufen wir das Risiko wieder jene Umstände zu beleben, die im 18. Jahrhundert zur Teilung Polens führten.*

Sollte die nationale Einheit Deutschlands und Russlands gebrochen und ihre wichtigsten nationalen Interessen verletzt werden, dann „werden sie sich ohne Zweifel zusammenschließen“, um das ihnen in der Stunde ihrer Schwäche „aufgezwungene Unrecht“ wieder gut zu machen. Deshalb und um der sicheren Zukunft Polens willen müsste allen „überzogenen“ polnischen Forderungen mit Härte begegnet werden. Anders als etwa Senator William Borah, der die polnischen



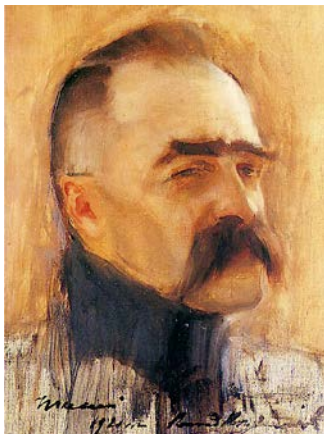
Die „Dmowski-Linie“ gibt im Kern die polnischen Territorialvorstellungen wieder, wie sie der Leiter der polnischen Delegation, assistiert von Erazm Piltz, im Namen der Warschauer Regierung am 29. Januar 1919 in zwei Sitzungen vor den Vertretern der fünf Hauptsiegermächte USA, Großbritannien, Frankreich, Japan und Italien darlegte und begründete. Dabei verwies Dmowski auf drei Grundsätze: Ausgangspunkt müssten die vor der 1. Teilung 1772 bestehenden Grenzen sein, was Modifikationen aber nicht ausschloss. Nicht akzeptiert werden könne für Polen das Prinzip (der Briten und Amerikaner – L. O.), dass nur Gebiete mit klarer polnischer Mehrheit Teil des polnischen Staates werden könnten. Und drittens – im Westen müsste das polnische Staatsterritorium über

die historischen Grenzen von 1772 hinausgehen. Ausdrücklich unterstrich Dmowski den Anspruch auf das „im 14. Jahrhundert verlorene Schlessien“: Ostdeutschland wäre „nicht von Natur aus deutsch“, sondern (mehr oder weniger) erfolgreich germanisiertes Land. Als „grobe Definition“ zur Beantwortung der Frage, was als polnisches Gebiet zu gelten habe, sagte Dmowski, dass dieses alle Territorien umfasse, die „durch eine anti-polnische Gesetzgebung unterdrückt worden seien“. Zusätzlich machten unabwiesbare ökonomische und sicherheitspolitische Gründe die polnische Kontrolle über einen großen und geschlossenen Küstenraum (mit Danzig) unverzichtbar.

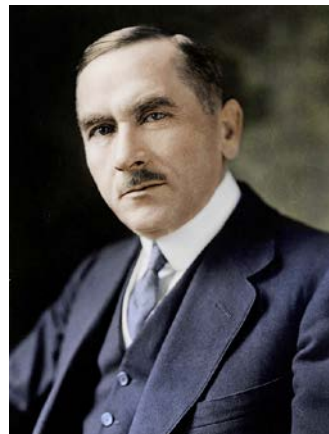
Forderungen zumindest in der Seeküstenfrage weitgehend unterstützte, teilte Wilsons Intimus Walter Lippmann die britischen Beweggründe. Für ihn war das von Frankreich unterstützte Streben nach einem Polen mit großen nationalen Minderheiten „ein gefährliches Stück Torheit“. Polen würde sich ohne klare Mäßigung seiner Territorialforderungen zu „einer Geisel des Glücks“ machen.

Doch wie sollte Polens „Zugang zur (Ost)See“ gewährleistet werden? – Bis Ende 1918 befürworteten England und die USA eine garantierte Nutzung der Weichsel sowie einen polnischen Freihafen in Danzig. Es handelte sich im Kern um eine Lösung, wie Prag und Berlin sie nach einem Beschluss der Friedenskonferenz für die Tschechoslowakei akzeptierten und erfolgreich umsetzten: Ungehinderte Nutzung von Elbe und Oder sowie Freihäfen in Hamburg und Stettin. Ähnliches sollte die deutsche Regierung im Frühjahr – wenn auch ergebnislos – Polen für die Oder und Stettin, die Weichsel und Danzig sowie den Pregel und Königsberg anbieten.

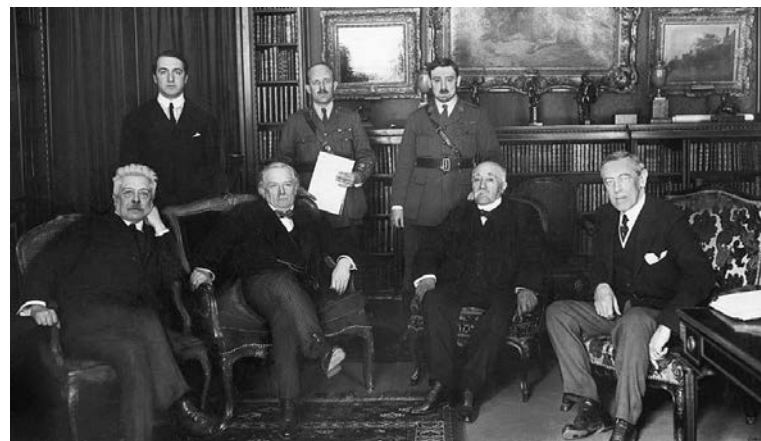
Da die große Mehrheit der Danziger wie auch das Gebiet östlich der Weichsel deutsch war und weil nach den vorliegenden Informationen sich alle politischen Gruppierungen in Deutschland darin einig waren, dass der Verlust dieser Gebiete völlig unannehmbar sei, wollte London (wie eine Mehrheit in der Washingtoner Administration) dieses so sprengmächtige heiße Eisen möglichst nicht anfassen: Als Problem stellte sich auch heraus, dass es zwischen Riga, Libau, Memel, Königsberg und Danzig nicht einen möglichen Hafen mit wenigstens starker polnischer Minderheit gab. Ein Korridor durch Westpreußen wie die Übergabe „des rein deutschen Danzigs“ würde „wahrscheinlich die Position Polens unhaltbar machen, falls und wenn Deutschland sich wieder erholt hat“. In den Worten des stellvertretenden Außenministers Lord Cecil musste jede Abtrennung Ostpreußens durch einen wie immer gearteten Korridor unterbleiben, weil damit nur eine „nie heilende Wunde aufgerissen würde“.



**Porträt Józef Piłsudski von Konrad Krzyżanowski (1920)** – Am 11. November 1918 wurde Piłsudski vom Regentenschaftsrat, der sich wenige Tage später auflöste, zum Oberbefehlshaber der polnischen Truppen bestellt. Er setzte eine neue Regierung unter Ignacy Ewaryst Daszyński und dann Jędrzej Moraczewski ein und ernannte sich am 22. November zum provisorischen Staatsoberhaupt der wiedererstandenen Republik Polen. Damit gab es bis zur Kompromissregierung Paderewski Mitte Januar 1919 zwei polnische Regierungen; eine linke in Warschau und die andere, politisch rechte, von den Alliierten anerkannte, in Paris. Piłsudski, selbst aus dem Wilna-Gebiet stammend, erstrebte in der Tradition der Jagiellonen ein großes, multi-ethnisches und föderales Polen auf der Grundlage der Grenzen der Polnisch-Litauischen Union von 1772.

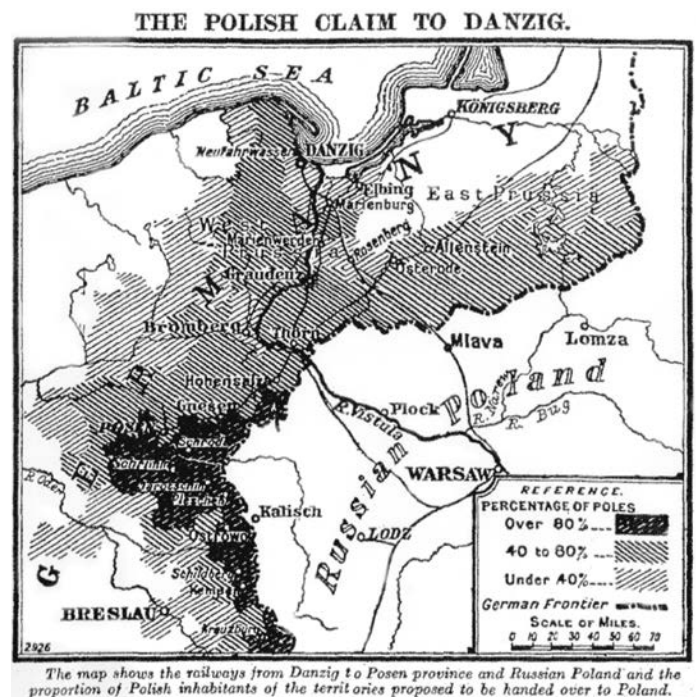


**Roman Dmowski (Fotografie aus dem Jahre 1919)** – Politisch war Roman Dmowski ein erbitterter Gegner von Józef Piłsudski. Im Krieg agierte er zunächst für ein großes, möglichst autonomes Polen mit breitem Seezugang innerhalb des Russischen Reiches. Wie andere Nationaldemokraten stand der Präsident des Mitte 1917 begründeten polnischen Nationalkomitees und – nach dem Januarkompromiss mit dem amtierenden Staatsoberhaupt – Leiter der polnischen Verhandlungsdelegation in Paris für ein großes, national möglichst homogenes und katholisches Polen in der Tradition der Piasten. Als unverzichtbar dafür galt die Einbeziehung u. a. Posens, Westpreußens, Teschens, Wolhyniens und ganz Galiziens.



**Die „großen Vier“** – Das Foto zeigt die vier mächtigsten Männer der Pariser Friedenskonferenz: Von rechts US-Präsident Woodrow Wilson und dann die Premierminister von Frankreich, George Clemenceau, von Großbritannien, David Lloyd George, sowie Vittorio Orlando von Italien.

**„Der polnische Anspruch auf Danzig“** (aus: The Times vom 24. 3. 1919) – Die Karte zeigt zunächst einen groben Überblick über die Bevölkerungsverteilung in jenen Gebieten, die nach Empfehlung der interalliierten Kommission für polnische Angelegenheiten an Polen übergeben werden sollten. Informationen darüber waren an die internationale Presse gelangt. Dazu informiert die Karte über die bestehenden Eisenbahnverbindungen von Danzig in die Provinz Posen und das frühere „Russisch-Polen“. Genutzt wurden offensichtlich polnische Statistiken. Eine Quelle wird aber nicht genannt.



Inzwischen benutzten die Verantwortlichen offensichtlich Daten, die nahelegten, dass sich „eine Zunge polnischen Landes“ links der Weichsel zur Ostsee erstreckte. Statt der als fingiert bewerteten deutschen Statistiken zur Bevölkerungsverteilung wurden jetzt offensichtlich polnische verwandt, die (wie Roger Moorhouse zeigen konnte) ähnlich fraglich waren. Kein Wunder, dass in der internationalen Presse unterschiedliche Einschätzungen über die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung kursierten. Die renommierte *Current History* ging davon aus, dass der deutsche Anteil der Bewohner Danzigs bei 95 % lag und westlich der Weichsel keine klaren Mehrheitsverhältnisse bestanden. Die ebenfalls renommierte *New York Times* bevorzugte polnische Angaben, die auf „privaten Untersuchungen“ beruhten. Demnach stellte die „gegenwärtige polnische Bevölkerung“ rund die Hälfte der Danziger. Ohne Einbeziehung der Garnison, der in Rüstungsbetrieben Beschäftigten sowie der Regierungsbeamten hätte Danzig eine klare polnische Mehrheit. Auffällig ist nicht nur für die *New York Times*, dass die Kaschuben, deren Anzahl in Westpreußen bei 200.000 lag, nicht einmal erwähnt werden. Die *New York Times* übernahm (wie auch andere Blätter) ebenfalls die polnische Auffassung von einer klaren Dominanz polnischer Bevölkerung im Danzig westlich umgebenden Territorium sowie in der südöstlichen Region bis zur russischen Grenze. Die Bewertung wurde geteilt, nach der Danzig als polnischer Seehafen stark prosperieren, unter deutscher Herrschaft hingegen bestenfalls stagnieren würde. Deutschland wäre im Besitz von Danzig jedoch in der Lage, Polen an den Rand des ökonomischen Ruins zu treiben.

Um auf die erwähnte britische Denkschrift vom Dezember 1918 zurückzukommen: Weiterhin erschien weder die Übergabe Danzigs an Polen noch die Abtrennung Ostpreußens vom übrigen Deutschland politisch ratsam. Doch vielleicht könnte – und das war neu – der polnischen Forderung nach einem Hafen im Mündungsgebiet der Weichsel durch die Schaffung einer Enklave um Neufahrwasser „nicht weit weg von polnischem Gebiet“ zusammen mit den Kreisen Putzig und Neustadt genüge getan werden. Zusätzlich sollte Polen Garantien für die freie Nutzung der Weichsel und der Eisenbahn nach Süden bekommen. Im „Gegenzug“ müssten zur Sicherung einer Landverbindung zwischen Pommern und Ostpreußen aber „die polnischen Kreise Karthaus, Berent, Konitz und Stargard geopfert werden“.

Anders als Frankreich, aber ähnlich Großbritannien und Italien hatten die USA im Vorfeld der Friedenskonferenz über amtliche Verlautbarungen allgemeiner Art (wie Wilsons 14-Punkte-Erklärung) hinaus konkrete Zusagen gegenüber Polen vermieden. Trotz intensiver polnischer Lobbyarbeit blieb das Weiße Haus dabei, dass allein schon aus Gründen praktischer Politik der befürwortete Zugang zum Meer nur über die internationalisierte Weichsel und Freihafenrechte gesichert werden könne. Um eventuell noch bestehende Unsicherheiten auszuräumen, erklärte Wilson am 18. 12. 1918 gegenüber Mitgliedern der US-Verhandlungsdelegation folgende drei Grundsätze: Posen müsse an Polen fallen, Ostpreußen dürfe nicht durch einen Korridor vom übrigen Deutschland getrennt werden und der polnische Zugang zur Ostsee könne „lediglich“ durch die „Umwandlung Danzigs in einen Freihafen“ und garantierte Nutzungsrechte der Eisenbahn- und Flussverbindungen geschaffen werden.

## Die Danzig-Korridor-Frage in Versailles

### Konkurrierende Modelle

Als am 18. Januar 1919 im Spiegelsaal von Versailles die Friedenskonferenz zusammentrat, lag eine Fülle von schwierigsten und zum Teil kaum lösbar miteinander verwobenen wie konfliktträchtigen Problemen vor den Friedensmachern. Die Neuordnung Ostmitteleuropas genoss zwar nicht die höchste Priorität, galt aber von vornherein als konfliktbeladen. Das lag nicht nur, aber zum erheblichen Teil an den polnischen Grenzfragen und deren unterschiedlicher Bewertung durch die Siegermächte.

Schon am 29. Januar 1919 präsentierte der Leiter der polnischen Delegation, Roman Dmowski, dem Obersten Rat die Territorialforderungen der Warschauer Regierung. Im Osten sollten die Grenzen von 1772 als Ausgangspunkt von Verhandlungen dienen. Im Norden und Westen wollte Warschau darüber teilweise hinausgehen. Ausdrücklich nannte Dmowski Posen, Oberschlesien, einen kleinen Teil der preußischen Provinz Pommern, ganz Westpreußen mit Danzig sowie das südliche Ostpreußen. Der Norden Ostpreußens mit Königsberg sollte eng mit Polen verbunden und schrittweise polonisiert werden. Memel konnte im Rahmen der angestrebten Union an Litauen fallen und zum Haupthafen für das noch zu gewinnende große Ostpolen werden. Dmowski wiederholte am 29. Januar die Ablehnung jeder Korridorlösung, weil sie zu einem Dauerkonflikt mit Deutschland führe und Polen zu wenig Sicherheit böte. Die Deutschen würden immer bestrebt sein, eine territoriale Verbindung zu einem bei Deutschland bleibenden Ostpreußen wiederherzustellen. Während Frankreich generelle Zustimmung signalisierte, lehnten Briten und Amerikaner den Umfang der Forderungen ab.

Bei den Verhandlungen der damit beauftragten Kommission für polnische Angelegenheiten unter Leitung von Jules Cambon schien sich dennoch eine für Polen günstige Lösung anzubahnen. Die allerdings ohne spezielle Instruktion handelnden Vertreter der USA und Großbritanniens stimmten unter Betonung strategischer, ökonomischer und kommerzieller Gründe, die dem Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Deutschen vorgehen müssten, einer uneingeschränkten Kontrolle Polens über Danzig und einem breiten Korridor beiderseits der Weichsel zu. Unter Berufung auf französische Quellen berichtete die *New York Times* am 18. März, dass der Korridor von einer Linie östlich von Lauenburg, Konitz und Schneidemühl bis über das Frische Haff bis zu einer Linie westlich von Elbing und

*Ignacy Paderewski und Woodrow Wilson – Ignacy Jan Paderewski (im Bild links) zählte zu den berühmtesten Pianisten und Komponisten seiner Zeit. Während des Ersten Weltkrieges galt er in den USA als der unumstrittene Kopf der dortigen Polonia. Sein direkter Zugang zu Präsident Woodrow Wilson und dessen wichtigstem Berater, Edward Mandell (Colonel) House, erleichterten sein erfolgreiches Streben nach amerikanischer Unterstützung für die Wiedergeburt eines starken polnischen Staates mit Zugang zur Ostsee, wengleich diese nicht uneingeschränkt gegeben wurde. Als Premierminister und Außenminister Polens nahm Paderewski an den Verhandlungen der Pariser Friedenskonferenz teil. Das hier abgedruckte Bild wurde vom bekannten polnisch-amerikanischen Künstler Arthur Szyk gemalt. Es ist Teil einer im Auftrag des polnischen Außenministeriums unter dem Titel The Glorious Days of the Polish-American Fraternity [Die glorreichen Tage polnisch-amerikanischer Brüderlichkeit] erarbeiteten Gemäldesammlung für die Weltausstellung 1939 in New York.*

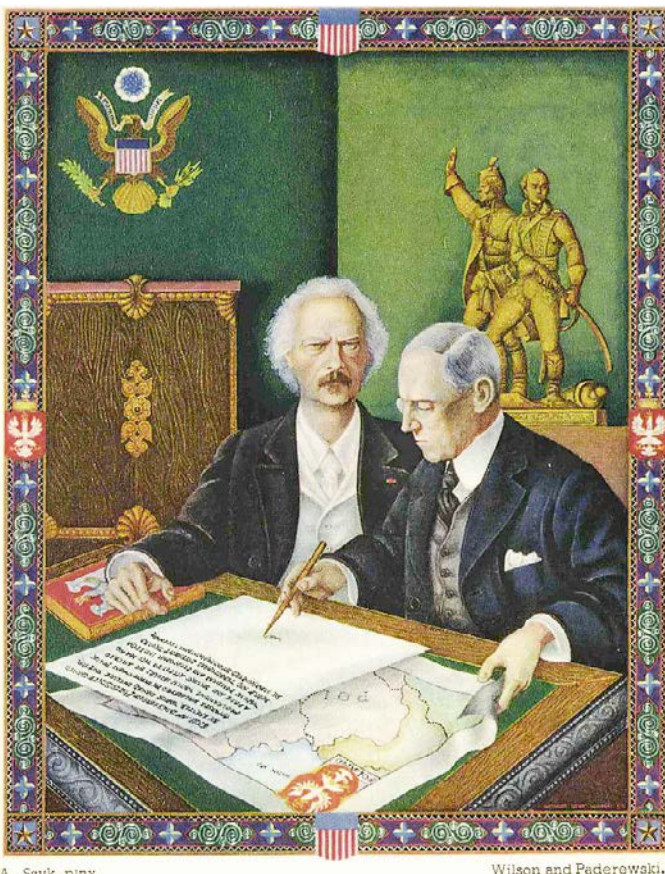
Osterode verlaufen solle. Während die polnische Delegation grundsätzlich positiv reagierte, kam rasch heftige Kritik aus London und der Delegation des britischen Empire. Nachhaltige Unterstützung erhielt ihre Position von führenden liberalen Zeitungen wie *Guardian* oder *Observer* und aus der Labour-Partei, die die Einbeziehung west- und ostpreußischer Gebiete gegen den Willen der Bewohner in ein sogenanntes Großpolen wie die Errichtung eines Korridors durch deutsches Gebiet ablehnte. Der notwendige Seezugang für Polen sei nur über eine Internationalisierung der Weichsel und Freihafenrechte in Danzig akzeptabel. Unterstützung bekam die Kommission für ihre Empfehlung hingegen aus der radikalen und konservativen Presse.

Unterstützt von Wilson, bemühte sich Lloyd George nach seiner Rückkehr aus London intensiv um eine Revision der von Frankreich vehement befürworteten Kommissionsempfehlungen. Für ihn überwogen weiterhin die Nachteile eines polnischen Danzigs und eines weiten Korridors die von den Befürwortern vorgebrachten Vorteile für Polen: Nur so könnte Polen wirtschaftlich prosperieren, seine Unabhängigkeit sichern und sich gegen später zu erwartende deutsche Revanchebestrebungen behaupten. Unabhängig vom Umfang ihrer Territorialverluste – die Deutschen würden sich nie mit ihrer Niederlage abfinden und „respektierten allein Stärke“, meinte nicht nur Cambon. Die Stabilität und der Frieden Europas erforderten ein mächtiges Polen als Bündnispartner Frankreichs, ein großes Polen mit weitem Zugang zum Meer. Ähnlich argumentierten die Vertreter Polens, die gleichzeitig „die Rückgabe“ Danzigs und Westpreußens als Akt der Wiedergutmachung des nie vergessenen Unrechts von 1793 betrachteten, als die alte Hansestadt mit ihrer wechselvollen Ge-

schichte im Rahmen der zweiten polnischen Teilung an Preußen gefallen war. Sollte Polen Danzig nicht bekommen, dann sei „der Krieg für Polen verloren“ (äußerte Paderewski z. B. am 6. 4. 1919 gegenüber der Nachrichten- und Presseagentur AP).

#### Der Weg bis zum Kompromiss

Ohne intensiver auf Details einzugehen, für den britischen Premier und seine Regierung blieb „Greater Poland – Großpolen“ mit Einbeziehung vieler Minderheiten gegen deren Willen vor allem ein Faktor zukünftiger Instabilität. Aktuell mochte die Siegermächte (mit unterschiedlichen Schlussfolgerungen zum angeratenen Reagieren) besonders beunruhigen, dass sich Polen weiterhin in erklärten oder nicht erklärten Kriegen mit seinen Nachbarn befand und sich im Spätwinter / Frühjahr 1919 der bewaffnete Konflikt mit den Sowjets deutlich verschärfte – in Versailles konzentrierte sich die perspektivische Hauptsorge um die Überzeugung, dass die Wegnahme Danzigs und Westpreußens im Bewusstsein aller Deutschen ein „nie aufgehörendes“ Gefühl ungerechter Behandlung erzeuge. Mit wahrscheinlich fatalen Folgen für Europa würde auf diese Weise in Paris die Saat einer neuen großen Katastrophe gelegt. Amerikanische Diplomaten berichteten aus ihren Einsatzländern z. B., dass die gesamte polnische Nation einen direkten Seezugang mit Danzig als unverzichtbare Forderung ansähe, während alle Deutschen von links bis rechts eine Abtretung Danzigs und die Schaffung eines Korridors für Polen als „eklatant ungerecht“ betrachteten. Eine erzwungene Übergabe Danzigs und Westpreußens würde demnach zu „endlosen Auseinandersetzungen“ führen und zu einer mächtigen Waffe in der



A. Seyk pinc.

Wilson and Paderewski.



**Stéphane Jean-Marie Pichon** – hier auf einem Gemälde von John C. Johansen (1919) – war mehrfach französischer Außenminister, u. a. vom November 1917 bis Januar 1920. Wie Clemenceau unterstützte er auf der Pariser Friedenskonferenz mit Nachdruck die polnischen Territorialforderungen. Allerdings, es gab eine wichtige Ausnahme. In der emotional zwischen Polen und der Tschechoslowakei hoch aufgeladenen und sprengmächtigen Teschen-Frage, für deren Lösung wie so oft in Mittel-Ost- oder Südost-Europa keine allseits akzeptierten Statistiken vorlagen, begünstigte Paris die Position der Prager Führung.

Hand radikaler Nationalisten werden. In Westpreußen waren sich alle deutschen politischen Parteien zumindest in einem Ziel einig: der „Deutscherhaltung Danzigs und Westpreußens“. Dagegen gab es für die polnischen Zeitungen von der *Gazeta Grudziądzka* bis zur *Gazeta Toruńska* nur eine Lösung – Danzig und Westpreußen mussten Teil Polens werden. Unterstützung fanden sie in einigen Artikeln großer amerikanischer Zeitungen, in denen davor gewarnt wurde, vitale Interessen Polens zu opfern. In einem langen Beitrag der *Washington Post* vom 24. Mai 1919 unter der Überschrift „Failure to give Danzig port to Poland may leave war spoils in grasp of Huns“ argumentierte ein namentlich nicht genannter „Ex-Attaché“, dass ohne weiten und sicheren Seezugang mit Danzig kein starkes Polen und damit auch nicht der nötige „mächtige Pufferstaat“ möglich sei, um Russland von Deutschland zu trennen und vor „germanischer politischer und ökonomischer Aggression zu schützen“: Man dürfe Polen deshalb nicht als „Kriegsbeute in den Fängen der Hunnen lassen“.

In der erbitterten Kontroverse mit der französischen Führung konzentrierte sich Lloyd George auf die aus britischer Sicht vom vorgeschlagenen Weichselabkommen ausgehenden Gefahren zukünftiger Kriege. Die *Washington Post* vom 24. März informierte über seine Auffassung, dass die geplante Eingliederung vieler Deutscher in Polen sehr wahrscheinlich nur die Saat für einen „weiteren Krieg“ lege. Während der internen Verhandlungen der Großen Drei fragte er, ob jemand (in der späteren Normalität des Friedens) bereit sei, zur Behauptung polnischer Herrschaft über die deutsche Großstadt Danzig gegebenenfalls eigene Truppen in Marsch zu setzen. Das Schweigen selbst Clemenceaus sprach für sich. Auf die direkt an Clemenceau gerichtete Frage, ob denn jemand wollen könne, dass die Deutschen, so wie es die Franzosen nach 1871 mit Straßburg getan hatten, in ihren Städten Statuen von Danzig „in Trauer“ aufstellten, da antwortete der starke Mann der französischen Politik: „Auch ich will das nicht.“ Wilson, der in der Danzig-Korridor-Frage grundsätzlich die britischen Argumente unterstützte, verwies auf die reale Möglichkeit, dass bei den Deutschen später einmal der Wunsch entstehen könne, ihre Landsleute wieder von polnischer Herrschaft zu befreien. Er fügte hinzu, „dass es schwer wäre, diesem Wunsch zu widerstehen“.

Unter massivem Zeit- und Einigungsdruck verständigten sich die Großmächte am 1. April grundsätzlich auf folgende Kompromisslinie: Danzig und Umgebung werden Freistaat unter Garantie des Völkerbundes, und Polen bekommt garantierte Hafens- und Transitrechte sowie weitere umfassende Sonderrechte und ohne Volksabstimmung als Teil des polnischen Staatsgebietes einen Korridor am Westufer der Weichsel. Frankreich musste als Gegenleistung für das britisch-amerikanische Entgegenkommen Plebiszite, nicht nur in Ermland und

Masuren, sondern auch in Marienburg-Marienwerder akzeptieren. Die für Polen ungünstigen Ergebnisse der Volksabstimmungen im Juli 1920 wurden in London und Washington allgemein erwartet.

## Ein brüchiger Friede

Die polnische Delegation, die trotz französischen Wunsches vor der Entscheidung nicht angehört worden war, zeigte sich empört und suchte nach Wegen, doch noch eine polnische Dominanz in Danzig zu erreichen. Schon am 10. April informierte Esme Howard seine Vorgesetzten, die „große Furcht der Polen“ sei, dass Danzig nun „seinen deutschen Charakter behalten werde“. Amerikaner und Briten lehnten jedoch gegenüber Paderewski und Dmowski eine wie auch immer geartete polnische Autorität über Danzig unmissverständlich ab. Um befürchtete polnische Versuche von vornherein zu verhindern, Danzig im Handstreich unter Kontrolle zu nehmen, sollte – entgegen polnischen Intentionen – die Sicherheit Danzigs allein dem Völkerbund obliegen. Teil des Deals zwischen Frankreich und Großbritannien war die Festlegung, dass ein Brite solange Hochkommissar in Danzig sein sollte, wie ein Franzose Chef der Regierungskommission im Saarland war.

Mit der Ratifikation des Versailler Vertrages vom 18. Juni 1919, die das deutsche Parlament am 9. Juli 1919 vollzog, wurde die Bildung eines polnischen Korridors zur Ostsee und die Umwandlung Dan-



Am 24. Juni 1919 (in der Nr. 142 des 10. Jahrgangs) eröffnete die *Volkswacht* ihren Bericht über die Sitzung der Nationalversammlung mit der folgenden Erklärung des Abgeordneten Otto Hörsing: „Im Namen der sozialdemokratischen Vertreter der Gebietsteile, die durch diesen Friedensvertrag unmittelbar vor der Gefahr stehen, von Deutschland losgerissen zu werden, habe ich zu erklären, wir erheben voll tiefsten Schmerzes unsere Stimme, um in leidenschaftlichster Weise gegen die Lostrennung unserer Heimat vom Mutterlande Protest zu erheben. Aber um unsere Heimat nicht zum Schauplatz neuer blutiger Kämpfe zu machen, und unsere Frauen und Kinder nicht erneut den Schrecken des Krieges auszuliefern, haben wir uns dennoch mit blutendem Herzen entschlossen, dem Friedensvertrag unsere Zustimmung zu geben. Wir erklären aber in dieser feierlichen Stunde vor aller Welt und vor der Geschichte, daß wir und diejenigen, die uns durch unser Vertrauen in die Nationalversammlung geschickt haben, deutsch sind und deutsch bleiben werden. Wir werden auch unser Leben lang die Hoffnung nicht aufgeben, daß früher oder später die durch das Machtgebot eines kurzsichtigen und haßerfüllten Gegners von der Heimat getrennten Gebiete den Weg zum Vaterlande zurückfinden werden.“



zigs in einen Freistaat unter dem Schutz des Völkerbundes gültiges Völkerrecht. Kaum jemand der international Verantwortlichen nahm Notiz davon, dass die bis dahin ohnehin kaum bekannte Provinz Westpreußen de facto in vier Teile zerfiel: Den polnischen Korridor und die Freie Stadt Danzig. Alle westlich der Weichsel verbleibenden Gebiete kamen zur späteren Grenzmark Posen-Westpreußen und aus jenen östlich der Weichsel wurde sodann der Regierungsbezirk Westpreußen gebildet und in die Provinz Ostpreußen integriert.

Noch offene einzelne Fragen bzw. Regularien sollten unter der Ägide der Pariser Botschafterkonferenz ausgehandelt werden, was sich als ein mühevoller und sich hinziehender Prozess herausstellen sollte, der bei allen Betroffenen eine Menge an Frustration hervorrief. Speziell die genaue Regelung der Weichselgrenze löste in Deutschland Stürme der Entrüstung aus, da sie Preußen nahezu völlig vom Fluss abschnitt.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde die in Versailles bestimmte Danzig-Korridor-Regelung sowohl von Deutschen als auch Polen heftig kritisiert und empört zurückgewiesen. Mit Sorge konstatierten internationale Beobachter, dass Berlin wie Warschau oder Danzig den Versailler Großmächtekompromiss primär als Übergangsstadium zur Rück- bzw. Eingliederung Danzigs zu betrachten schienen.

Auch im Lager der Siegermächte waren die Meinungen geteilt. Nicht nur in der Londoner Downing Street hielt man das Danzig-Korridor-Abkommen für keinen guten Kompromiss, sondern ledig-

lich als das geringere von zwei Übeln. Große Zweifel gab es an der Dauerhaftigkeit der Regelung und Sorgen vor deren Sprengmächtigkeit. Antony Lentin hat treffend dazu bemerkt, dass sich „der (Holz) Wurm des Appeasements“ – Entgegenkommen gegenüber Deutschland – schon „im Gebälk der Versailler Konferenz“ einnistete. Sehr früh begann vor allem bei Briten und Amerikanern die Suche nach Möglichkeiten zur Entschärfung des „gefährlichsten europäischen Krisenherdes“ – wie es zunehmend hieß.

Die Zukunft musste zeigen, ob die Optimisten unter den Verfechtern der Freistaat/Korridor-Lösung mit ihrer Hoffnung Recht behielten, dass schließlich doch die Vorteile gedeihlicher Zusammenarbeit auf der Grundlage gegenseitig guten Willens Polen wie Danziger und die Deutschen in Deutschland damit aussöhnen würden, dass Danzig gleichzeitig Hafen Polens und ein deutscher Stadtstaat sein konnte. Damit verbundene Hoffnungen erwiesen sich in der Realität aber als trügerisch. Im Juli 1931 kam ein Memorandum des britischen Außenministeriums zu dem ernüchternden Schluss: „Das Danzig-Abkommen hätte nur auf der Basis von gutem Willen und Kooperationsbereitschaft vernünftig funktionieren können. Nur daran mangelt es auf beiden Seiten völlig.“ **st**



Karte zur „Vierteilung“ Westpreußens: Die territoriale Neuordnung des unteren Weichsellandes ab 1920 (unter Berücksichtigung bis 1932 eingetretener Modifikationen)

# IN DEN BLICK GENOMMEN

Alexander Münninghoff

## *Der Stammhalter*

C. H. Beck: München, 2018

„*ch liebte den Alten Herrn, und ich war praktisch der Einzige im Haus, der keine Angst vor ihm hatte. [...] Schon mehrmals hatte er mir erklärt, wie wichtig ich als Stammhalter für die Familie und für ihn persönlich war. Ich hatte längst nicht alles begriffen, obwohl mir schon klar war, dass es nicht unvorteilhaft sein konnte, ein Einzelkind zu sein, wenn man einen reichen Opa hatte.*“

Dieses Kind, der 1944 geborene Journalist Alexander Münninghoff, verfolgt in seinem autobiografisch geprägten Roman über drei Generationen die Geschichte seiner außergewöhnlichen Familie in historisch turbulenten Zeiten. Der Alte Herr – das ist der niederländische Kaufmann Joannes Münninghoff, eine exzentrische Persönlichkeit, die noch vor dem Ersten Weltkrieg aus Gründen, die nie richtig nachvollzogen werden können, nach Lettland auswandert und durch Tatkraft, eisernen Willen, Wagemut und nicht zuletzt die richtigen Kontakte binnen fünfzehn Jahren ein sagenhaftes Vermögen erwirbt. Sind es zunächst landwirtschaftliche Produkte, mit denen Münninghoff handelt, weitet sich die Palette der von seinen Firmen umgeschlagenen Waren auf andere, kriegswichtige Güter, denn: „Der Krieg war eine einmalige Chance für ihn. Und diese Chance hat er genutzt. So war er.“ Aufgrund seiner natürlichen Begabungen, ausgezeichneter Beziehungen – sowohl zu namhaften Politikern als auch zu diversen obskuren Gestalten –, mit dem richtigen Instinkt und mit Glück gelingt der Aufbau eines Wirtschaftsimperiums, so dass Münninghoff in den Zwischenkriegsjahren einer der wichtigsten und reichsten Männer Lettlands wird. Dabei bleibt er niederländischer Staatsbürger, was im tendenziell ausländerfeindlichen Lettland bemerkenswert ist und sich später als hochbedeutsam erweisen wird.

Befördert wird der Aufstieg des Einwanderers durch die Heirat mit einer jungen Gräfin aus deutsch-baltischem Adel, Tochter eines Hofrats bei Zar Nikolaus II. Vier Kinder kommen zwischen 1920 und 1925 zur Welt. Selbstverständlich ist der Erstgeborene – Frans, Vater des Erzählers – als Nachfolger vorgesehen, doch zeigt sich schon in frühesten Jahren, dass der Sohn nicht weniger eigensinnig und dickköpfig ist als der Vater. Aus pädagogischen Gründen wird Frans in die Niederlande geschickt, aber das Projekt der Hollandisierung scheitert, denn der junge

Mann begeistert sich vielmehr für die von ihm als stark und selbstbewusst wahrgenommenen Nationalsozialisten und sieht Berlin als einzige Weltstadt an. Im vom benachbarten Bolschewismus bedrohten Lettland finden sich unter den Adligen zunehmend Befürworter von Hitler, auch in der Familie, nicht aber der Alte Herr.

Mit Kriegsbeginn 1939 ändert sich für die Deutschen im Baltikum die Lage grundlegend. Wegen eines geheimen Zusatzprotokolls des Hitler-Stalin-Pakts wird die russische Machtübernahme in Lettland erwartet. Aus Angst vor bolschewistischen Gräueltaten den kapitalistischen Erzfeinden gegenüber setzt sich die Familie unter Zurücklassung fast aller wertvollen Besitztümer in die vermeintlich sichere niederländische Heimat ab. Dort werden die Münninghoffs jedoch als Fremde empfunden, und in der eigenen Wahrnehmung sehen sie sich als Vertriebene, das Ende des Luxuslebens in Lettland bedauernd. 1940 kommt es fast zeitgleich zur Besetzung der Niederlande durch die Nationalsozialisten und der Baltenstaaten durch sowjetische Truppen.

Die bei Frans sich immer stärker ausbildende Hinwendung zu Nazi-Pathos, Uniformen und nicht zuletzt die Ablehnung der Übernahme von Verantwortung in väterlichen Firmen führt im gleichen Jahr dazu, dass der Junior – noch nicht volljährig – sich gegen den Willen des Vaters der Waffen-SS anschließt, beseelt vom Wunsch, gegen den Bolschewismus zu kämpfen, aber auch, weil es für ihn ein ersehntes Abenteuer darstellt und er in seinem Leben zum ersten Mal einen echten Sinn sieht. Während Frans in soldatischen Missionen durch die vom nationalsozialistischen Deutschland eroberten Staaten unterwegs ist, verschlägt es seine junge Ehefrau Wera in einer Heim-ins-Reich-Aktion nach Kolberg.

Vater Joannes lehnt die SS ab, behält aber den ältesten Sohn als Art „Trumpfkarte“ für Kontakte mit den deutschen Besatzern in der Hinterhand. Und dem ebenso schlaun wie opportunistischen Alten gelingt der Neuaufbau seines Imperiums. Als geradezu genial für den wirtschaftlichen Erfolg erweist sich dabei der Erwerb einer Lizenz für einen Gasgenerator, sind doch für die Deutschen, welche ständig große Mengen an Transporten von Gütern und Personen zu bewältigen haben, Fragen der Energiebeschaffung absolut zentral. Zudem bedeutet die Herstellung kriegswichtigen Materials großzügige Reiseerlaubnisse der

Deutschen, so dass Münninghoff seine Besitzungen in Lettland besuchen kann (obschon immer klarer wird, dass sie nicht zu retten sein würden), aber nahezu ungehindert auch geheimdienstliche Tätigkeiten einfädelt und pflegt. Einer seiner Brüder engagiert sich im niederländischen Widerstand, ein anderer ist durch Heirat schwedischer Staatsbürger geworden, in Kriegzeiten sind das Kontakte von unschätzbarem Wert. Wenn der Enkel dem Großvater rückblickend „eine andere Seite, die Rückseite des Spiegels, in den er die Menschen seiner Umgebung blicken ließ“, bescheinigt und dann präzisiert: „und manchmal war die Rückseite dunkel“, deutet er damit die Vielschichtigkeit dieses Charakters an: ebenso charmant und weltgewandt wie egoistisch und skrupellos.

In der letzten Phase des Krieges, in „pechschwarzer Zeit“, wird in der von Weltuntergangsstimmung geprägten Stadt Posen eben dieser Enkel Alexander ge-



Alexander Münninghoff

### **Der Stammhalter**

Roman einer Familie

C. H. Beck: München, 2018

334 S., Hardcover, € 19,95

ISBN 978-3-406-72732-0

boren, der Stammhalter. Die lettischen Besitztümer sind nach dem Krieg endgültig verloren, das „Paradies“ unwiederbringlich zerstört. Aber das Leben geht weiter, auch für einen früheren SS-Mann in den Niederlanden. Als „zweilichtige Figur“ soll Frans Munninghoff nach Südamerika abgeschoben werden, was aus unerfindlichen Gründen hinausgezögert und schließlich gar nicht umgesetzt wird. Heftigste innerfamiliäre Turbulenzen zwischen dem Sohn im „Wartestand“ und dem Vater, der inzwischen in die extrem gewinnträchtige Glas- und Fliesenproduktion eingestiegen ist, prägen die ohnehin schwierigen Nachkriegsjahre, verstärkt noch durch die neue Frau an der Seite von Frans. In jahrelangen gerichtlichen Auseinandersetzungen um Stammhalter und Unterhalt versuchen der Alte Herr, sein Sohn und die Schwiegertochter sich gegenseitig zu übervorteilen, bis der Großvater schließlich mit einer überraschenden Entscheidung endgültig Weichen stellt.

„So war er: Was ihm gehörte, gab er nicht aus der Hand, und wenn man es ihm mit Gewalt wegnahm, ruhte er nicht, bis er es wiederbekam.“

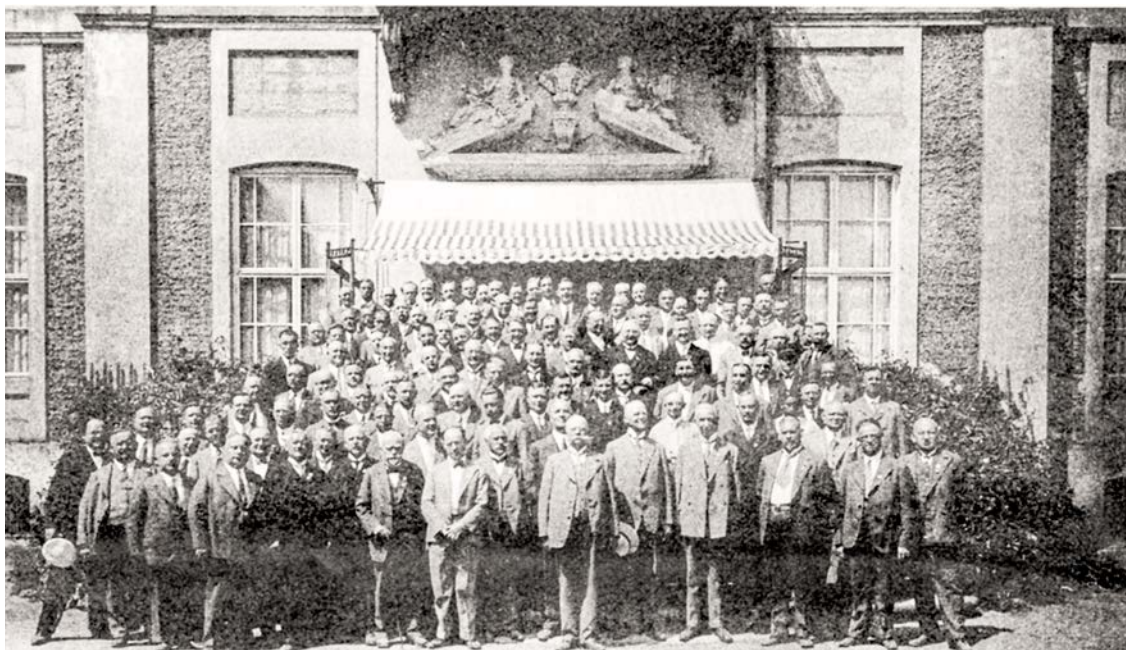
Frans, besessen von der Idee, reicher als der Alte Herr zu werden, versucht sich in verschiedenen Geschäftsbereichen, doch das unter-

nehmerische Talent des Vaters hat er nicht geerbt. Zudem verstrickt er sich in eine weitere problematische Liebesbeziehung, leidet unter fehlender gesellschaftlicher Akzeptanz und den nach dem Tod von Joannes Munninghoff aufbrechenden Erbstreitigkeiten. Für den vom Alten auserwählten Stammhalter bringt er kein Interesse mehr auf.

Ruhig, fast sachlich, mit feiner Ironie und dem Wissen des Nachgeborenen erzählt Alexander Munninghoff die Geschichte seiner Familie. Trotz einer Vielzahl von Protagonisten, verwickelter Verwandtschafts-, Freundschafts- und Geschäftsbeziehungen, bei etlichen Antizipationen und erzählerischen Umwegen gelingt es dem Autor, die zentralen Persönlichkeiten im Fokus zu behalten und die Geschichte für den Leser übersichtlich und verständlich zu gestalten – keine kleine Leistung. Die versunkene Welt des 20. Jahrhunderts in einer Fülle von politischen, gesellschaftlichen und persönlichen Facetten wird in dieser überwältigenden Chronik äußerst lebendig und mit wunderbarer Leichtigkeit dargestellt. So erweist sich auch der Stammhalter einer außergewöhnlichen Familie als großartige Persönlichkeit – als ein präziser Beobachter und ein benadeter Erzähler. **st** *Annegret Schröder*

## „Wir leben in der glücklichen Zeit der Vereine“

### Zur Geschichte des bürgerlich-gesellschaftlichen Engagements in Elbing



Die Elbinger LIEDERTAFEL (Aufnahme aus dem Jahre 1931)

*Der Haupttitel dieses Beitrags zitiert einen emphatischen Ausruf von Ludwig Samuel Dietrich Mutzenbecher (1766–1838), einem Arzt und Komponisten. Was Mutzenbecher begeisterte, war eine bis dahin kaum vertraute Art der Gemeinschaftsbildung und des Umgangs mit kulturellen Gütern, die sich in einer Vielfalt von Vereinigungen und Themen ausdrückte.*





Das 19. Jahrhundert war nicht nur eine Ära von „Dampf und Elektrizität“, sondern – vielleicht in noch stärkerem Maße – die Hochzeit der Vereine, die tatsächlich alle Felder der menschlichen Tätigkeit, die sich institutionalisieren ließen, erfassten.

So entstanden neben gemeinnützigen und mildtätigen Vereinigungen aller Art – von denjenigen, die sich verwaister Kinder, Armer, Wöchnerinnen oder entlassener Strafgefangener annahmen, über Anti-Alkohol- und Abstinenz-Vereine bis zu Gesellschaften, die sich um den Tierschutz oder die Verschönerung ihrer Stadt kümmerten – Bürgervereine, Krieger-, Militär- und Kolonialvereine, Turn-, Sport- oder Schützenvereine, aber auch Gruppierungen für Musikbegeisterte, Altertums-, Bildungs-, Gewerbe-, Kunst- und Geselligkeitsvereine sowie nicht zuletzt Gesellen-, Handwerker- oder Lehrervereine und noch viele andere Gruppierungen und Verbände. Im Vereinsleben spiegelten sich politische, gesellschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Tendenzen, Strömungen und Errungenschaften der jeweiligen Epoche wider, und es lässt sich ohne jede Übertreibung sagen, dass aus Deutschland zu dieser Zeit ein Land der Vereine wurde – nirgendwo anders war die Entwicklung des Vereinswesens derart rege und fruchtbar. Einem oder sogar mehreren Vereinen anzugehören, wurde zu einer Ehrenpflicht des Bürgers, der auf diese Weise sein neu erworbenes Selbstbewusstsein sowie seinen Anspruch auf gesellschaftlichen Aufstieg zum Ausdruck bringen wollte und konnte.

Dieses deutsche, durch und durch bürgerlich geprägte Phänomen, das wohl ebenso häufig gepriesen wie verspottet wurde, war im Laufe der Zeit unterschiedlichen politischen wie sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen unterworfen. Da das Vereinswesen – wie jede Form von öffentlichen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten – durch die staatlichen Behörden stets mehr oder weniger genau und misstrauisch beobachtet wurde, entwickelte es sich bis 1871 in den einzelnen deutschen Staaten in unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Ausprägungen. Auch nach der Deutschen Einigung wechselten Phasen der Liberalisierung des Vereinsrechts mit solchen neuerlicher Beschränkungen einander ab. Nicht zuletzt ist hier an eine Fülle von Verboten und an die Politik der „Gleichschaltung“ zu erinnern, durch die die Nationalsozialisten dem deutschen Vereinsleben einen schweren Hieb versetzten.

Wichtige Beiträge zur Entwicklung des Vereinswesens leisteten gerade kleinere Provinzstädte, in denen die Einwohner nun willkommene Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und der sinnvollen, gesellschaftlich anerkannten Gestaltung der Freizeit entdeckten (die sozio-ökonomisch seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zunehmend verfügbar geworden war). Eine besondere Rolle kam dabei den kulturell orientierten Vereinen zu, denn sie übernahmen in solchen Ortschaften, die nur über wenige bürgerliche Bildungsinstitutionen verfügten, eine entscheidende volkspädagogische Aufgabe. In diesem Sinne stellte der Direktor der Altstädtischen Mädchenschule in Elbing, namens Boewig, Ende des 19. Jahrhunderts in einem Schulprogramm angesichts des inzwischen in voller Blüte stehenden vielgestaltigen Vereinswesens zufrieden fest: „Für die Weiterbildung der weiteren Kreise des Volkes sind die verschiedensten Vereine gegründet.“ Immerhin waren in der Zeitspanne von 1772 bis 1945 mehr als 100 Elbinger Vereine tätig, die sich für die Pflege von Kultur und Bildung einsetzten, wobei sich die Verei-

nigungen im Laufe der Zeit oft als in hohem Maße mobil und variabel erwiesen: Vereine wurden gegründet, gingen nach einiger Zeit unter, setzten ihre Tätigkeit dann aber nach einer längeren Pause doch wieder fort oder verschmolzen mit anderen Gesellschaften bzw. wurden von ihnen inkorporiert.

### Elbinger Vorboten

Die ersten Vereine entstanden bereits zur polnischen Zeit: 1721 rief Georg Daniel Seyler die SOCIETAS LITTERARIA ins Leben, eine für die Zeit der Aufklärung typische „gelehrte Gesellschaft“, deren Vorbild die gleichnamige, von Gottfried Lengnich in Danzig gegründete Vereinigung war. Zur Seylerschen Gesellschaft gehörte z. B. der Naturforscher Nathanael Sendel, der sich insbesondere um die Bernsteinforschung verdient machte. Die Elbinger SOCIETAS stellte allerdings schon 1727 ihre Tätigkeit wieder ein. Eine erheblich längere Wirkungszeit war demgegenüber der KUNSTLIEBENDEN GESELLSCHAFT vergönnt, deren Mitglieder sich aus Angehörigen der Zünfte rekrutierten: Sie bestand bis mindestens 1823 und ist damit zugleich allem Anschein nach eine der wenigen Vereinigungen auf dem Boden des „Königlichen Preußen“ überhaupt, die nach der Einverleibung des Landes in den preußischen Staat noch fortbestanden.

Nach der Zäsur von 1772 bildeten sich im Geiste der Spätaufklärung bzw. der bürgerlichen Empfindsamkeit noch einige neue Vereine wie ein 1779 von zwei Geistlichen (namens Weber und Link) ins Leben gerufener Lesezirkel und die 1789 gegründete FREUNDSCHAFTLICHE KRÄNZCHENGESELLSCHAFT, aus der späterhin die gesellschaftlich hoch angesehene RESSOURCE HUMANITAS ihren Ursprung nahm.

## Die Macht der Musik

### Männerchöre

Die vehemente Entwicklung des Vereinswesens setzte aber erst Anfang des 19. Jahrhunderts, im Umfeld der Befreiungskriege, ein. Den Anfang machten Männergesangsvereine, die sich der Pflege des explizit deutschen Liedgutes widmeten und dadurch die nationale Gesinnung und das vaterländische Bewusstsein zu stärken trachteten. Immerhin gründete Carl Friedrich Zelter, ein Freund Goethes und Schillers, die erste deutsche LIEDERTAFEL 1809 angesichts der Rückkehr des preußischen Herrscherpaares nach Berlin. Nur sieben Jahre später folgte Elbing, wo die erste Liedertafel auf dem gesamten Gebiet von Ost- und Westpreußen zusammenfand. Der Verein wirkte bis in die 1830er Jahre hinein und fand Nachfolger in weiteren Männergesangsvereinigungen, von denen die meisten allerdings nur für kürzere Zeit Bestand hatten.

Eine wichtige Zäsur in der städtischen Musikgeschichte bildete dann das Jahr 1847: Zum einen wurde die neue Elbinger LIEDERTAFEL gegründet, die einige der vorherigen Gruppierungen in sich aufnahm. Zum anderen fand in diesem Jahr das erste Preußische Sängerefest statt, zu dem sich auch Männerchöre aus Danzig und Königsberg in der Stadt am Elbing-Fluss einfanden. Solche Manifestationen der Männerchor-Bewegung in Preußen gaben immer wieder Impulse zur Bildung neuer Vereinigungen, von denen sich als wichtigste der LIEDERHAIN erwies. 1871 entstanden, richtete er sein Hauptaugenmerk auf die Pflege des deutschen Volksliedes. Der LIEDERHAIN und die LIEDERTA-

## Musikgruppe Elbing

Mittwoch, den 17. April 1912, im Casino.

### Programm.

1. **Für Klavier vierhändig:** *H. Lippich & Menzel*  
Andante und Scherzo aus dem  
Klarinetten-Quintett . . . . . Mozart
2. **Für Sopran:** *H. Long Bussie*  
Arie des Cherubin . . . } a. Figaros } Mozart  
Rec. u. Arie der Susanne } Hochzeit }
3. **Lieder für Alt:** *H. Kerthe Wiebe*  
Herzenstausch . . . . . }  
Schlecht Wetter . . . . . }  
Beim Schneewetter . . . . . } Max Reger  
Waldeinsamkeit . . . . . }  
Wenn die Linde blüht . . . . . }
4. **Duett aus Hänsel und Gretel** Humperdinck
5. **Für Klavier:** *H. Lippich*  
Stück . . . . . Bargiel  
La fileuse . . . . . Raff
6. **Lieder für Sopran:** *H. Popelius*  
Die Sonne scheint nicht mehr } Brahms  
Wie komm ich denn zur Tür hinein }  
Die Lerche . . . . . } Humperdinck  
Die Schwalbe . . . . . }
7. **Für Klavier:** *H. Prof. Joss.*  
Präludien . . . . . } Chopin  
Variationen op. 12 . . . . . }

SIEGES BUCHDRUCKEREI, ELBING.

Programm der MUSIKGRUPPE ELBING vom 17. April 1912

FEL wirkten viele Jahrzehnte lang und waren bis kurz vor dem Kriegsende tätig. Noch 1944 gab die LIEDERTAFEL ein Konzert, in dem Max Bruchs *Lied von der Glocke* aufgeführt wurde.

Obwohl beide Vereinigungen nur aus Amateuren bestanden, erreichten sie dank ihren fähigen und engagierten Dirigenten ein hohes Aufführungsniveau. Von 1885 bis 1900 wurde die LIEDERTAFEL beispielsweise von Rudolf Schöneck geleitet, dem ehemaligen Musikdirektor des Züricher Theaters, der schon in den früheren 1850er Jahren mit Richard Wagner im persönlichen und künstlerischen Kontakt gestanden hatte. Unter seiner Leitung meisterte die LIEDERTAFEL auch anspruchsvolle orchesterbegleitete Chorwerke zeitgenössischer Komponisten. Einige Dirigenten waren auch selbst begabte Komponisten, deren Werke bei den Konzerten zur Aufführung gelangten. Hier wären Robert Schwalm (1845–1912) sowie Max Gulbins (1862–1932) zu nennen, der in seiner Elbinger Zeit Dirigent des LIEDERHAINS war und mit ihm beim Provinzialfest in Graudenz 1906 sein Chorwerk *Der Burggraf von Nürnberg* zu Gehör brachte.

Es gab daneben freilich auch noch andere namhafte Klangkörper. Zu ihnen gehörte der ELBINGER MÄNNERGESANGSVEREIN, den der aus der Schweiz stammende Musikdirektor und Kantor der Marienkirche Fritz Rasenberger 1902 ins Leben rief. Er tat sich vor allem mit Freiluftkonzerten im Vogelsang hervor, die in entscheidender Weise den Weg zur

Gründung der ELBINGER WALDOPER ebneten. Dieser Chor stellte seine Aktivitäten allerdings schon zehn Jahr später wieder ein, wobei diese relative Kurzlebigkeit durchaus ein gemeinsames Merkmal vieler Elbinger Gesangsvereine bildete. Sie resultierte nicht zuletzt daraus, dass die Chöre für noch jüngere begabte Dirigenten häufig lediglich als Sprungbrett für deren weitere Karriere dienten: Sobald eine einträglichere und vor allem renommierte Stelle in einer anderen Stadt angeboten wurde, verließen die Leiter bereitwillig das provinzielle Elbing – und mithin den Chor, mit dem sie zuvor intensiv gearbeitet hatten.

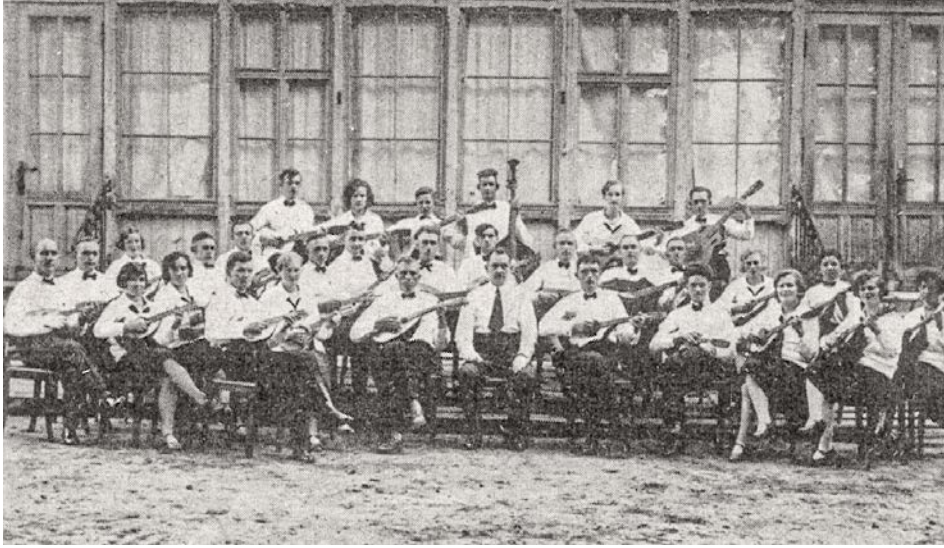
### Gemischte Chorvereinigungen

Wenngleich in Deutschland stets der Männergesang gefördert wurde und im Vordergrund stand, gab es doch auch zahlreiche gemischte Chöre. 1837 wurde beispielsweise der ELBINGER GESANGSVEREIN gegründet, dem Juliane Schichau, die Ehefrau des berühmten Firmengründers und Industriellen Ferdinand Gottlob Schichau, angehörte. Nach der Eheschließung hatte sie ihre Karriere als Opersängerin aufgeben müssen und fand nun in diesem Laien-Chor ein Betätigungsfeld für ihre künstlerischen Ambitionen. Ein weiteres Beispiel bietet die VOLKSLIEDERTAFEL, die 1879 entstand und sich nach langwierigen Anfangsschwierigkeiten im Laufe der Zeit zu einer der bedeutenden Vereinigungen entwickelte. Die Anzahl der – mehrheitlich fördernden – Mitglieder fiel über die Jahre hin kaum unter 100 und war 1931 sogar auf 280 gestiegen.

Eine besondere Rolle spielte der seit 1903 bestehende PHILHARMONISCHE CHOR, der dem Publikum Möglichkeiten eröffnete, auch aufwändige Chorwerke wie Kantaten und Oratorien zu erleben. Ergänzt wurde diese reiche Vokalmusik-Landschaft einerseits durch Gesangsvereine von Arbeitern oder einzelnen Berufsgruppen – genannt seien hier die Sängervereinigung der Firma LOESER & WOLFF oder der LEHRERGESANGSVEREIN (der sich 1936 der LIEDERTAFEL anschloss) – sowie andererseits durch Kirchenchöre, die sich zudem oft nicht nur auf die einschlägige kirchenmusikalische Literatur beschränkten, sondern – bis in Stücke der unterhaltenden Genres hinein – auch Felder der weltlichen Musik bestellten. Hohes Renommee genossen hier der ELBINGER KIRCHENCHOR mit seinen Konzerten am Karfreitag und Totensonntag sowie mit seinen Oratorien-Aufführungen im Konventsremter der Marienburg. Neben den zahlreichen Chören der protestantischen Kirchen gab es in Elbing auch ein Gesangsensemble des katholischen CÄCILIENVEREINS.

### Musikvereine

Neben den Gesangsvereinen wirkten überdies – wenn auch in einer vergleichsweise geringeren Zahl – Musikvereine. Zu ihnen gehörte die fast ein Jahrzehnt lang tätige PHILHARMONISCHE GESELLSCHAFT, zu deren Mitbegründern 1869 der Literaturhistoriker, Übersetzer und Komponist Heinrich Nitschmann (1826–1905) gehörte. Die Domäne der GESELLSCHAFT bildeten Matineen, zu denen Nitschmann dichterische „Prologe“ verfasste. Eine nicht minder interessante Erscheinung war die um 1912 von Elbinger Lehrerinnen gebildete MUSIKGRUPPE ELBING, die ausschließlich von Frauen getragen wurde und Veranstaltungen mit abwechslungsreich zusammengestellten musikalischen Programmen durchführte. Am längsten hielt sich von diesen Initiativen der 1901 gegründete ELBINGER ORCHESTERVEREIN, der in den 1930er Jahren von Paul Firchow, dem Musikdozenten der Elbinger Pädagogi-



Die MANDOLINEN- UND GITARENVEREINIGUNG (Aufnahme aus dem Jahre 1925)

schen Akademie, geleitet wurde und in dieser Phase Veranstaltungen mit der Darbietung anspruchsvoller Symphonien und Instrumentalkonzerte durchführte.

In den 1920er Jahren, in denen das Laienmusizieren massiv gefördert wurde und der Begriff „Gebrauchsmusik“ in hohem Ansehen stand, bildeten sich auch in Elbing entsprechende typische Vereinigungen wie ein BANDONION-CLUB oder die freie MANDOLINEN- UND GITARENVEREINIGUNG. Letztere beteiligte sich sogar an Konzerten, die vom Königsberger Radiosender aufgenommen und übertragen wurden.

Tatkräftig gefördert wurde das Musikleben schließlich auch von Vereinen, die sich als Instanzen der Verbreitung von musikalischer Bildung und Kultur verstanden – so der in den 1870er und 1880er Jahren aktive VEREIN ZUR FÖRDERUNG ERNSTER MUSIK oder die VEREINIGUNG FÜR ABONNEMENT-KÜNSTLERKONZERTE. Den Vorsitz der VEREINIGUNG führte Elisabeth Ziese, die Tochter von Ferdinand Gottlob Schichau und Ehefrau seines Nachfolgers, Carl Ziese, die selbst eine talentierte Klavierspielerin war und am Berliner Konservatorium studiert hatte. Ihr gelang im Verbund mit dem Verein eine nachdrückliche Bereicherung des Musiklebens, denn dank ihrer persönlichen Vermittlung – und finanziellen Förderung – kamen nun europaweit berühmte Künstler wie das CARL-HALIŘ-QUARTETT, die aus Siebenbürgen stammende Altistin Lula Mysz-Gmeiner oder die Pianistin Elly Ney in die Stadt.

## Theater und bildende Kunst

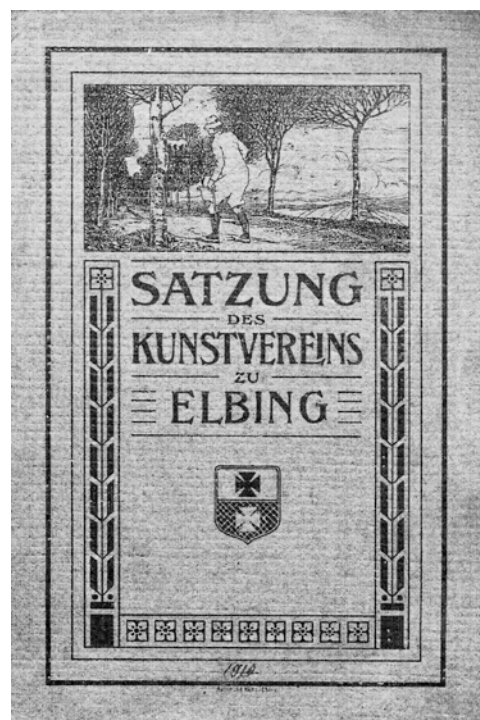
Gegenüber der großen Bedeutung, die der Musikpflege zukam, spielten andere kulturelle Aktivitäten eher eine nachrangige Rolle. Immerhin gab es in Elbing auch eigenständige Theatervereinigungen. So wurden kurz vor dem Ersten Weltkrieg die Vereine ASRA und UNDINE gegründet; der Letztere beruhte auf einer Initiative des auch in Elbing heimisch gewordenen Guttempler-Ordens, der auf diese Weise versuchte, seinem Image der Weltferne und Betulichkeit entgegenzuwirken. Um 1912 war zudem ein lokaler Ableger der DEUTSCHEN BÜHNENGESOSSENSCHAFT tätig; hingewiesen wird in zeitgenössischen Medien auf eine große Veranstaltung mit dem verlockenden Titel *Eine italienische Nacht auf dem Strand in Kahlberg*, zu deren Ehrenkomitee u. a. der Oberbürgermeister Dr. Karl Friederich Merten und Elisabeth Ziese gehörten.

In den 1920er Jahren agierte in Elbing ein Zweigverein der gesamtdeutschen FREIEN VOLKSBÜHNE, einer der herausragenden Kultureinrichtungen der Arbeiterbewegung. Obwohl deren wichtigste Aufgabe

darin bestand, ihren Mitgliedern Theaterbesuche zum ermäßigten Preis zu ermöglichen, war ihr Tätigkeitsfeld erheblich umfangreicher und umfasste beispielsweise auch Vorträge, Lesungen, Musik- und Tanzaufführungen sowie Angebote zu Ausflugsfahrten. Seit dem Ende der 1920er Jahre entwickelte sich zudem eine engere Kooperation mit der Pädagogischen Akademie, insbesondere mit deren von Paul Firchow geleitetem Collegium Musicum. Das erfolgreiche Wirken der VOLKSBÜHNE ist gut dokumentiert, weil sie regelmäßig ein eigenes Mitteilungs-

blatt mit dem jeweiligen Veranstaltungsprogramm und entsprechenden Einführungstexten herausgab.

Seit 1858 bestand in Elbing auch ein Kunstverein, der sich seinen Statuten gemäß das Ziel gesetzt hatte, „den Kunstsinn in der Stadt und Umgegend zu befördern“ und dort bis 1945 quasi konkurrenzlos arbeitete. Diesem Zwecke diente vor allem eine alle zwei Jahre veranstaltete Kunstausstellung, die stets einen Glanzpunkt der kulturellen Saison bildete und in der lokalen Presse sehr breit besprochen wurde. Dank den Ausstellungen des KUNSTVEREINS bekamen die Bürger die Möglichkeit, mit neuen Kunstrichtungen wie der Berliner Sezession in Berührung zu kommen. Als Losverein eröffnete die Gesellschaft ihren Mitgliedern darüber hinaus die Chance, in den Jahren, in denen Ausstellungen organisiert wurden, an einer Verlosung teilzunehmen und dabei in den Besitz von Kunstwerken zu gelangen. Obwohl die Tätigkeiten des Vereins mehrmals zum Stillstand kamen – so nach dem Ersten Weltkrieg und in den frühen 1930er Jahren –, war er noch während des Zweiten Weltkrieges aktiv: 1939 veranstaltete er eine Ausstellung von Zeichnungen Adolf Menzels aus der Nationalgalerie in Berlin, und 1941 zeigte er Werke einiger Berliner und ostpreußischer Künstler.



Satzung des KUNSTVEREINS ZU ELBING (Druck von 1910)

## Kultur in ihrer ganzen Breite

Als einziger im strengeren Sinne wissenschaftlicher Verein konstituierte sich 1873 die ELBINGER ALTERTUMSGESELLSCHAFT, die eine der bedeutendsten Vereinigungen dieser Art in der gesamten Region bildete. Obwohl im Mittelpunkt der Arbeitsprojekte die Archäologie und vorgeschichtliche Forschung standen, widmete sich der Verein vielen anderen Vorhaben aus dem Bereich der regionalen Geschichte, der Landeskunde und des Denkmalschutzes, indem er sich beispielsweise um die Flurnamensammlung oder die Dokumentation und Bewahrung der Elbinger Mundart bemühte. Äußerst vielfältig waren die Themenkreise der auf den Versammlungen gehaltenen Vorträge sowie der Abhandlungen, die im wissenschaftlichen Periodikum, das die Gesellschaft herausgab, dem *Elbinger Jahrbuch*, erschienen. Bereits 1878 wurde diese renommierte Gesellschaft vom Magistrat mit der Führung des städtischen Museums beauftragt, wobei dann der jeweilige Vereinsvorsitzende in Personalunion das Amt des Museumsleiters bekleidete. Neben der ALTERTUMSGESELLSCHAFT gab es in Elbing eine Reihe von Vereinigungen, die als Bildungsvereine zu bezeichnen sind, weil sie vornehmlich eine rege Vortragstätigkeit entwickelten. Dazu gehörten z. B. der 1873 gegründete ALLGEMEINE BILDUNGSVEREIN, der wohlgernekt trotz seines Namens grundsätzlich nur Männer als Mitglieder aufnahm, ein Verein für jüdische Geschichte und Literatur aus dem Jahre 1903 oder eine um 1912 entstandene evangelische wissenschaftliche Vereinigung. Die 1916 gegründete Vereinigung für DEUTSCHE ABENDE schärfte ihr Profil, indem sie namhafte deutsche Schriftsteller wie den *Biene Maja*-Autor Waldemar Bonsels oder Thomas Mann nach Elbing einlud.

Andere Vereinigungen widmeten sich der Popularisierung von Kenntnissen aus den Bereichen Technik und Naturwissenschaft. Eine herausragende Bedeutung gewann auf diesem Gebiet der GEWERBEVEREIN, der – bereits 1828 ins Leben gerufen – namhafte Ingenieure und Unternehmer zu seinen Mitgliedern zählte und bis 1934 bestand. Danach brach sich eine größere fachliche Differenzierung und Spezialisierung der einzelnen Interessen Bahn.

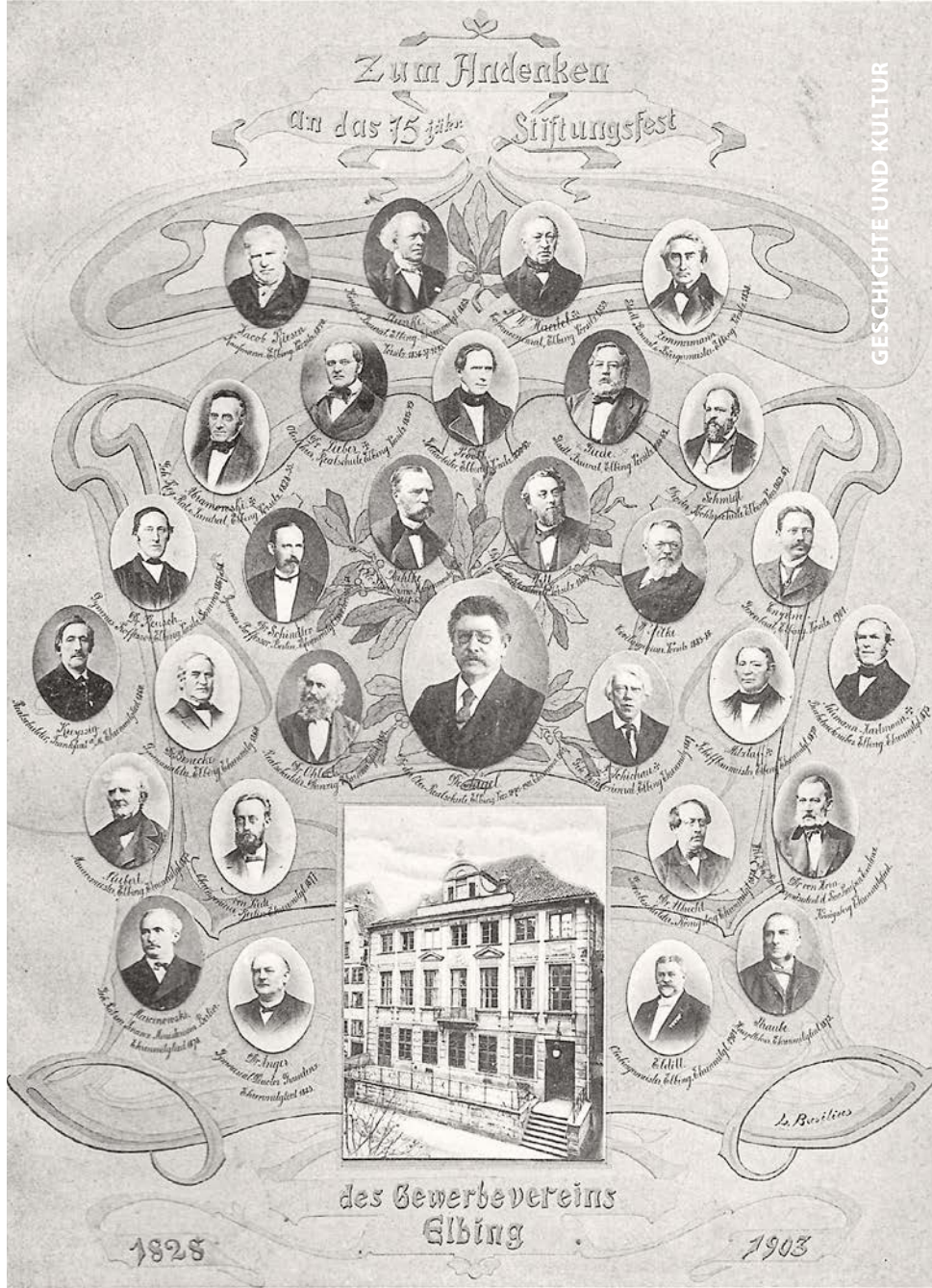
Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der seit 1927 bestehende VEREIN FÜR HEIMATLICHE NATURKUNDE: Durch Vorträge und Ausflüge suchte er für einen bewussten Umgang mit der Natur und die aufmerksame Wahrnehmung von deren Vielfalt – wie beispielsweise dem Vogelflug – zu werben und beantragte bei den städtischen Behörden Mittel, um verschiedene Maßnahmen wie das Aufstellen von Informationstafeln durchführen zu können. Schließlich widmeten sich Elbinger Bürger auch dem Erlernen und der Pflege von spezielleren Sprachen. Hierzu gehörten der ESPERANTO-VEREIN oder auch der 1912 gegründete

PLATTDUTCHE VEREIN, der seine Aufgaben derart ernst nahm, dass er sogar seine Mitteilungen in der lokalen Presse in Platt veröffentlichte.

Selbstverständlich kann ein knapper Überblick nicht einmal in Ansätzen die ganze Breite des bürgerlichen Engagements widerspiegeln, das sich vom späten 18. bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entfaltete. Immerhin hat er aber wohl deutlich zu machen vermocht, mit welcher Intensität und Begeisterung gerade die Mitglieder der kulturellen, wissenschaftlichen und volkspädagogischen Vereine

festen Größen des städtischen Lebens bildeten und dessen kulturelle Dimension – wie in vielen anderen Kommunen – nicht nur bereicherten, sondern oft überhaupt erst entstehen ließen. **st** Joanna Szkolnicka

Zu den kulturellen und wissenschaftlichen Elbinger Vereinen in der Zeit von 1772 bis 1945 veröffentlichte die Autorin dieses Beitrags die Monographie *Elbłskie towarzystwa kulturalne i naukowe w latach 1772–1945*, 326 S., Elbląg 2018.



Festblatt zum 75. Stiftungsfest des GEWERBEVEREINS ELBING im Jahre 1903

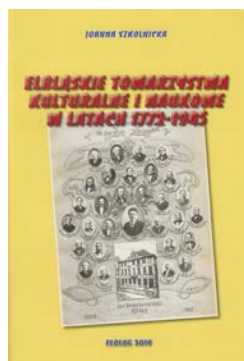




FOTO: LOTTE JACOBI VIA GADO IMAGES / ALAMY STOCK FOTO

Lotte Jacobis Porträt der Schauspielerin Lotte Lenya gilt heute als eine fotografische Ikone der zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts.

# Mit Einstein auf dem Segelboot

## Zum 30. Todestag von Lotte Jacobi

**Viele Künstler und Intellektuelle ließen sich in den zwanziger Jahren von der Fotografin Lotte Jacobi porträtieren. Die Frau hinter der Kamera war nicht weniger interessant als ihre prominente Kundschaft: Ihr Lebensweg führte sie von Thorn über Berlin nach New York.**

**I**m LVR-Landesmuseum in Bonn ging vor kurzem eine gut-besuchte Ausstellung zu Ende: Gezeigt wurde die *Fotografie in der Weimarer Republik*. Es ging in der Ausstellung um ihre gestalterische Entwicklung zwischen 1918 und 1933 und das Panorama einer Gesellschaft, das in diesem Medium festgehalten worden ist. Von heute aus stellt sich diese Periode als Umbruch zu einer visuell geprägten Gesellschaft dar: Bilder drangen in alle Bereiche des Alltags vor und beeinflussten – ähnlich wie heute die digitale Vernetzung – Kommunikation, Öffentlichkeit und Lebensstile. Keine frühere Epoche hatte bis dato der Nachwelt eine so vollständige Abbildung ihrer selbst hinterlassen.

Die Fernsehserie *Babylon Berlin* führt die zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts gerade mit überwältigendem Erfolg als glitzernd-verruchte Epoche vor und stilisiert das Berlin dieser Zeit zur „aufregendsten Stadt der Welt“ (ARD). Doch schon August Sanders damals entstandene Porträtreihe *Menschen des 20. Jahrhunderts*, heute bewundert als ein frühes Meisterwerk der künstlerischen Dokumentarfotografie, zeigt ein breiteres Bild und führt eindrucks-

voll Männer und Frauen aller Schichten mit ihren jeweiligen Lebensverhältnissen vor Augen. Die Bonner Ausstellung schloss hier an, sie berührte Politik und Lebenswelten, Technik und Arbeit, Kunst, Sport und vieles mehr – „Glanz und Elend“ der Weimarer Republik. Natürlich hatte das Kuratoren-Team dafür auch Fotos von August Sander ausgewählt. Unter den ausgestellten Fotografen war jedoch auch eine damals recht erfolgreiche junge Frau: Johanna Alexandra, genannt Lotte Jacobi, die in den zwanziger Jahren ein Fotoatelier in Berlin-Charlottenburg betrieb.

**Zusammenspiel von Porträtierer und Porträtistin**

Ihre zwei in der Bonner Ausstellung gezeigten Bilder stammen beide aus dem Jahre 1929, könnten jedoch unterschiedlicher kaum sein. Das eine davon gilt bereits als eine Ikone. Es zeigt die Schauspielerin Lotte Lenya, die damals durch ihre Zusammenarbeit mit Bertolt Brecht und Kurt Weill schlagartig bekannt wurde. Zu sehen ist sie in Nahaufnahme, mit Kurzhaarfrisur, kantigen Gesichtszügen, roten Lippen – dunklen, um genau zu sein, denn es handelt sich ja



München, um sich an der Staatlichen Höheren Fachschule für Fototechnik ausbilden zu lassen. Man kann davon ausgehen, dass sie das praktische Handwerk der Fotografie aus dem väterlichen Atelier zu diesem Zeitpunkt schon sehr gut kannte. Der Aufenthalt in München war so etwas wie das endgültige Bekenntnis zu einem Beruf, auf den Jacobi sich lange nicht hatte festlegen wollen.

#### Besuch in der Sowjetunion, Exil in den USA

Schon ein Jahr später, 1927, übernimmt sie in Berlin den Familienbetrieb. Dass wiederum zwei Jahre später Lotte Lenya vor ihrer Kamera saß, war kein Zufall. Jacobi versteht es, sich als eigenwillige Porträtistin den Intellektuellen und Künstlern zu empfehlen. Zu Ihren Kunden gehören Karl Valentin, Käthe Kollwitz, die Tänzerinnen Valeska Gert und Mary Wigman wie auch Klaus und Erika Mann. Die Geschwister Mann und auch deren Vater Thomas, der Literaturnobelpreisträger von 1929, werden Jacobi auch später noch verbunden bleiben, ebenso wie der Physiker Albert Einstein, den Jacobi über viele Jahre fotografisch begleitet hat. Der weltberühmte Wissenschaftler vertraute der Fotografin so sehr, dass er sich von ihr sogar als entspannter Segler in seiner Jolle fotografieren ließ – mit hochgekrempelten Hosen und halboffenem Hemd.



*Eigenwillig fällt Lotte Jacobis Selbstporträt von 1930 aus: Die Fotografin zeigt sich hier mit skeptischem Blick bei der Arbeit im Berliner Atelier.*

FOTO: LOTTE JACOBI VIA GADO IMAGES / ALAMY STOCK FOTO



*Albert Einstein sowie Thomas Mann und seine Familie gehörten zu Lotte Jacobis Weggefährten. Ein Treffen der Nobelpreisträger Einstein und Mann hat die Fotografin 1943 im Bild festgehalten.*

um eine Schwarzweiß-Fotografie – und einer Zigarette, die sie lässig neben dem Kopf hält. Lenya und Jacobi, die Schauspielerinnen als Porträtierte und ihre Porträtistin, schufen ein Bild, das geradezu idealtypisch dem Trend der „neuen Frau“ entsprach, der damals Schlagzeilen machte. Das andere Foto ist ein Selbstporträt Lotte Jacobis. Sie zeigt sich bei der Arbeit, mit Plattenkamera und Kabelauslöser, fast so wie August Sander seine Porträtierten dargestellt hat. Der Stil des Fotos weicht von Sander aber deutlich ab. Das Umfeld ist nicht zu erkennen, die Lichtquelle ist so platziert, dass Gesicht und Hände der Fotografin vor dem dunklen Hintergrund stark hervortreten. Auch das Glamouröse des Lenya-Porträts fehlt völlig, Lotte Jacobis Haare sind zerzaust, ihr Gesichtsausdruck beinahe gestresst. Spätere Betrachterinnen und Betrachter haben darin die Brüche ihrer Lebensgeschichte erkennen wollen.

So sehr Lotte Jacobi Ende der zwanziger Jahre in Berlin verankert war, so eng ihre Verbindungen zur Kunstszene der Hauptstadt waren – ihre Familie stammte aus Westpreußen. Mit dem Metier der Fotografie waren die Jacobis schon seit dessen Anfängen verbunden, in den zwanziger Jahren also bereits fast ein Jahrhundert lang. In Thorn, wo Lotte Jacobi 1896 geboren wurde, hatte ihr Urgroßvater Samuel Jacobi seit den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts ein Fotoatelier betrieben. Die nötige Technik und die Lizenz zu ihrer Benutzung hatte er aus Paris mitgebracht, wo er mit dem Fotopionier Louis Daguerre in Kontakt stand. Alexander Jacobi, Lottes Großvater, etablierte dann in Culm und Posen Filialen des Familienbetriebs. Marion Beckers und Elisabeth Moortgat, Lotte Jacobis Biografinnen, beschreiben die jüdische Familie als „religiös ungebunden“, außerdem als weltoffen und tolerant.

Die ersten Verwerfungen lassen nicht lange auf sich warten. Als Posen, wo die Familie inzwischen lebte, nach dem Ersten Weltkrieg in den polnischen Staat einging, ziehen die Jacobis nach Berlin, Lottes erste Ehe wird geschieden. Mit dann schon 29 Jahren geht sie nach



FOTO: LOTTE JACOBI VIA GADO IMAGES / ALAMY STOCK FOTO

*In den USA experimentierte Lotte Jacobi während der dreißiger Jahre mit abstrakten Lichtbildern. Dieses hat sie ergänzt durch eine Aufnahme der Tänzerin Pauline Koner.*

Zu Lotte Jakobis Bekanntenkreis gehört auch der Journalist Egon Erwin Kisch, von dem ebenfalls ein hochcharakteristisches Porträtbild entsteht: Mit bewegter Gestik, breit grinsend, in der Hand die obligatorische Zigarette, so ist der einflussreiche Reporter dort zu sehen. Auch dank der Unterstützung durch Kisch hatte Lotte Jacobi 1932 zu einer Reportagereise durch die Sowjetunion aufbrechen können. Aus dem Anfang der dreißiger Jahre mehr und mehr durch die Gewaltherrschaft Stalins gekennzeichneten Staat gab es in Deutschland nur wenige Bilder zu sehen. Jacobi reist mit einer Leica-Kleinbildkamera, besonders in Usbekistan und Tadschikistan gelangen ihr beeindruckende Aufnahmen der dortigen Bevölkerung.

Nach der Machtübernahme der NSDAP bleibt Lotte Jacobi noch zweieinhalb Jahre in Deutschland, ehe die Emigration unvermeidlich wird. Im September 1935 besteigt sie ein Schiff der CUNARD LINE, damals – und noch bis zur Intensivierung des Flugverkehrs in den 1960er Jahren – der Marktführer für Transatlantik-Reisen. Am Zielort New York will sie sich eine neue Existenz aufbauen. Der größte Teil ihrer Ausstattung und ihres Fotoarchivs hatte allerdings in Berlin bleiben müssen. Während anderen Exilanten das Land lange fremd blieb, fiel Lotte Jacobi die Gewöhnung an den „american way of life“ nicht schwer, wie alle Biografien übereinstimmend betonen. Der berufliche Neustart dagegen gestaltet sich komplizierter. Häufig muss sie Aufträge für Hochzeitsfotos und ähnliches annehmen, was nur schlecht vereinbar war mit ihrem künstlerischen Selbstverständnis. Sie selbst heiratet 1941 auch noch einmal, ihr zweiter Ehepartner wird Erich Reiss, ebenfalls ein deutscher Emigrant, der zuvor Verleger war und unter anderem die Bücher von Egon Erwin Kisch veröffentlicht hatte.

#### Späte Anerkennung

Nach einiger Zeit kommen auch wieder Prominente in Lotte Jacobis Atelier, etwa der Schriftsteller J.D. Salinger oder Eleanor Roosevelt, die selbst politisch aktive Frau des US-Präsidenten. Immer wie-

der gelingen ihr Fotos, die Jahre später große Beachtung finden. Dazu gehört ihre Ansicht des verlassenen Parketts der New Yorker Börse, wo nach Handelsschluss nur noch Berge auf dem Boden verstreuten Papiers von der Geschäftigkeit des Tages zeugen. Neue künstlerische Wege beschreitet Jacobi mit abstrakten Lichtbildern, die ohne Kamera entstehen. Eines der schönsten ist jenes, in das der bewegte Körper der Tänzerin Pauline Koner einkopiert ist und mit den ungegenständlichen Wellenformen in der Bildfläche eindrucksvoll harmoniert. *Photogenics* wurden diese Bilder später von der Kunstkritik genannt.

Auch nach ihrem Rückzug aus dem Beruf, dem Tod ihres Mannes und dem Umzug ins ländliche New Hampshire im Jahr 1955 setzt sich Lotte Jacobi nicht zur Ruhe: Sie engagiert sich für die Partei der Demokraten und für die Anerkennung der Fotografie als eigenständige Kunstform. Dass sie mit schon 64 Jahren noch den Führerschein erwirbt und sich ein Auto kauft, spricht für sich. Im Jahr 1962 unternimmt Lotte Jacobi noch einmal eine Reise nach Europa – angeblich mit dem Rückfahrticket, das sie 1935 gekauft hatte. Sie kommt nach Italien, Deutschland und auch in die Volksrepublik Polen, um noch einmal ihre Geburtsstadt Thorn zu sehen.

Wie viele Künstlerinnen ihrer Generation erfährt Lotte Jacobi erst spät wirkliche Anerkennung. Da sie aber noch mehrere Jahrzehnte lang – bis zum 6. Mai 1990 – lebt, kann sie daran bis zu ihrem Tod im Alter von 93 Jahren durchaus noch Anteil nehmen. Für ihr Werk erhält sie in den USA zahlreiche Preise, eine erste große Einzelausstellung in der Bundesrepublik Deutschland findet 1973 am Museum Folkwang in Essen statt. Heute ist die Fotografie als Kunstform genauso anerkannt wie die Malerei, Originalabzüge berühmter Fotografen, die sogenannten Vintage Prints, erzielen auf dem Kunstmarkt hohe Preise. Die Wertschätzung für die Arbeit von Lotte Jacobi hat sich dadurch zweifellos gesteigert. Wahrscheinlich wird das aktuell so große Interesse an den Zwanziger Jahren diese Tendenz auch weiterhin noch verstärken.

**st** Alexander Kleinschrodt

# Ausschließlich gute Erfahrungen mit Partnern in Polen

Seit 2016 setzt sich die MAMLOCK FOUNDATION für die Bewahrung des jüdischen Kulturerbes am Unterlauf der Weichsel ein

Im Interview spricht Michael Mamlock, Berliner Unternehmensberater und Nachfahre einer jüdischen Familie aus dem Kreis Marienwerder/Wpr., über die Arbeit der von ihm gegründeten Stiftung im Spannungsfeld der Tagespolitik in Deutschland und Polen – sowie über die Bedeutung des jüdischen Erbes für die eigene Familiengeschichte und die historische Kulturlandschaft Westpreußen.

**Z**usammen mit Johanna M. Neumann haben Sie vor einigen Jahren die MAMLOCK FOUNDATION in Berlin gegründet. Was hat Sie damals zu dieser Entscheidung bewegt, und welche Ziele verfolgt die Stiftung heute?

Ich habe mich zeitlebens aufgrund meiner Familiengeschichte mit den gesellschaftlichen Auswirkungen des Holocaust befasst. Dazu gehörte die Recherche nach Angehörigen mit Hilfe der professionellen Genealogie. Weiter erforderte dieses Engagement eine stete Aufmerksamkeit und Teilnahme an der aktuellen Tagespolitik, an Vorträgen und Veranstaltungen zu diesem Thema. Bei einer dieser Veranstaltungen lernte ich Frau Neumann vor ca. 20 Jahren kennen. Zu dieser Zeit arbeitete sie in einer Stiftung und war für den Bereich Fundraising und Pressearbeit sowie im Nachlass- und Erbschaftsbereich tätig. 2015 ereignete sich dann etwas Außergewöhnliches. In Garnsee, polnisch Gardeja, wurde der Grabstein meiner 1920 verstorbenen Urgroßmutter Rosa Mamlock gefunden. Da ich mit Frau Neumann über die Zeit immer einen guten Kontakt pflegte, beschlossen wir daraufhin, die Gründung der Gesellschaft im Sinne einer lebendigen Erinnerungsarbeit zu vollziehen. So entstand 2016 die MAMLOCK FOUNDATION. Ziel ihrer Arbeit sind die Forschung nach den Ursachen dieser apokalyptischen Katastrophe Holocaust und daraus folgend das Engagement gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

Die MAMLOCK FOUNDATION befasst sich mit der Wiederherrichtung der ehemaligen jüdischen Kulturgüter in Polen. Diese Arbeit sehe ich heute aufgrund der schwierigen Geschichte speziell aus deutscher Sicht als unabdinglich an, zumal mit der Vernichtung des europäischen Judentums ein großer Teil europäischer Kultur und gemeinsamer Güter

verlorengegangen ist. Primär geht es um die Rekonstruktion der ehemaligen jüdischen Friedhöfe in Verbindung mit der jeweiligen Recherche und Dokumentation der ehemaligen Mitglieder der Gemeinden. Des Weiteren werden noch bestehende Synagogengebäude durch bauhistorisch versierte Fachleute instandgesetzt und wissenschaftlich durch das Historikerteam der MAMLOCK FOUNDATION begleitet. Die Synagogengebäude dienen als Raum für eine Dauerausstellung ehemaliger jüdischer Bewohner und für kulturelle Veranstaltungen der Stadt. Dabei ist es unser Ziel, für die Werte der Demokratie zu kämpfen und diese durch unser Handeln zu vermitteln.

*Welche Bedeutung hat die Arbeit Ihrer Stiftung angesichts des immer wieder aufflackernden – und in den vergangenen Jahren wieder teils erstarkenden – Antisemitismus sowohl in Deutschland als auch Polen?*

Unsere Arbeit hat diesbezüglich eine große Bedeutung und steht immer im öffentlichen Fokus. Man kann dieses Engagement gar nicht ohne die aktuelle Tagespolitik durchführen. Für dieses Engagement braucht man gute Geschichtskennntnisse, fundiertes Wissen über den Holocaust, gute Kenntnisse über das Land, in dem man arbeitet, um sich empathisch und respektvoll zu verhalten. Grundlage unserer Arbeit ist die Stockholmer Erklärung des Internationalen Forums über den Holocaust vom 28. Januar 2000, die viele Staaten unterzeichnet haben, und in der Deutschland seit Anfang März 2020 den Vorsitz hat. Es ist für uns wichtig, die Projekte in diesem Sinne durchzuführen.



Michael Mamlock vor dem Hügel des ehemaligen jüdischen Friedhofs von Garnsee

*Ihre Familie ist, wie Sie bereits erwähnten, in besonderer Weise mit dem Ort Garnsee im früheren Kreis Marienwerder verbunden. Was ist heute noch – oder wieder – über das Leben Ihrer Familie sowie das jüdische Kulturerbe in diesem östlichen Landkreis des historischen Westpreußen bekannt?*

Meine Familie ist in mehrfacher Hinsicht mit dem Ort Gardeja verbunden. Das ist der Tatsache geschuldet, dass die Familie dort von ca. 1874 bis 1938 lebte. 1938 wurden sie durch nationalsozialistisch eingestellte Bürger, deren Namen mir durch jahrelange Forschung bekannt sind, unter Gewaltandrohung dazu gezwungen, den Ort ihrer Geburt und ihres Lebens für immer zu verlassen. In Gesprächen im Rahmen unseres Projekts können sich manche Bürger aus Gardeja an viele historische Einzelheiten erinnern, die



Rosa Mamlock  
25. Mai 1850–  
15. Oktober 1920

über die Generationen hinweg tradiert wurden. So ist die Familie Mamlock bis heute ein Begriff, weil sie jüdisch war und neben dem Rathaus ein Wohn- und Geschäftshaus mit einem gutgehenden Manufakturgeschäft besaß. Außerdem war weit herum bekannt, dass mein Urgroßvater, Hermann Mamlock, von 1919 bis zu seinem Tode 1929 Vorsitzender dieser und der umliegenden Gemeinden war. Weiter hörten wir von den Leuten, wie antisemitisch und ideologisch von Hass erfüllte Menschen den jüdischen Friedhof erst teilweise und 1967/68 vollständig zerstörten. Deshalb muss weiter geforscht werden.

Welche Erfolge konnte Ihre Stiftung im Rahmen ihrer wissenschaftlichen und konservatorischen Arbeit bereits erzielen, und was sind die Perspektiven Ihrer Projekte?

Nach Gründung der MAMLOCK FOUNDATION wurde ein Finanzierungsplan aufgestellt, um Spenden einzuwerben. 2017 wurde ein Antrag zur Erstellung eines Memorials am authentischen Ort beim Auswärtigen Amt in Berlin gestellt. 2018 und 2019 konnte mit den bewilligten Mitteln ein Drittel der Kosten gedeckt werden.

In dieser Zeit entstanden eine enge Zusammenarbeit und ein vertrautes Verhältnis mit dem Bürgermeister von Gardeja. Das freut mich sehr, denkt man doch an die gemeinsame schwere Vergangenheit. Er hat mir anlässlich einer Gemeinderatssitzung einmal gesagt, ich sei seit 1945 der erste Besucher, der mit ernstesten Absichten hier wieder etwas entstehen lasse, das an die deutsche Vergangenheit erinnert. Durch unsere Tätigkeit ist in der Region aber auch das Interesse an der jüdischen Vergangenheit und an den Schicksalen der ehemaligen jüdischen Bewohner wiedererstanden. Auch die Lehrer aus der Woiwodschaft wollen dieses Projekt nach Fertigstellung in den Geschichtsunterricht aufnehmen. Die Perspektive ist, dass wir bei ausreichend vorhandenen Geldmitteln Mitte 2021 mit der Einweihung des Memorials rechnen können.

Die Nachbarstadt Marienwerder (Kwidzyn), wo heute noch das Synagogengebäude für die ehemalige Region steht, ist ebenfalls an einer Aufarbeitung interessiert. Danach wird das jüdische Ensemble von Gardeja und Kwidzyn in die Denkmalsliste des polnischen Staates aufgenommen und für Touristen und Bürger zugänglich sein.

*Die deutsch-polnischen Beziehungen sind bereits seit längerem auf Regierungsebene unterkühlt. Umso wichtiger sind Austausch und Zusammenarbeit innerhalb der Zivilgesellschaft. Wie erleben Sie die Kooperation mit und zwischen ihren Partnern und Unterstützern in Deutschland und Polen?*

Zunächst muss ich anmerken, dass es zwischen den beiden Ländern einen eklatanten Unterschied gibt. Ich habe mit den Partnern in Polen in den letzten drei Jahren ausschließlich gute Erfahrungen gemacht. Das drückt sich sowohl in der Zusammenarbeit, dem persönlichen Umgang und der Hilfsbereitschaft aus. Beispielsweise bekamen wir stets den Zugang zu Archiven oder benötigten Genehmigungen, auch kurzfristig. Bei vielen Gelegenheiten wurde ich gebeten, mich in Deutschland an die Presse zu wenden und der Öffentlichkeit zu kommunizieren, was in Polen auf kommunaler Ebene alles möglich sei. Doch über derartige Engagements gibt es bei uns leider kaum eine Berichterstattung. Wenn es sie

dennoch gibt, ist sie meistens negativ oder mit unterschwelligem Vorurteilen gegenüber Polen versehen.

Die Erfahrungen in Deutschland waren leider eher negativ. Mit dem Auswärtigen Amt und der Abrechnungsstelle gestaltet sich die Zusammenarbeit sehr schwierig, der Apparat ist stark überverwaltet, hat komplizierte Vorgaben, die auch nicht mehr den heutigen Projektentwicklungsrhythmen entsprechen. Erschreckend ist überdies die Reaktion, wenn man den Mittelstand und die Behörden in Deutschland um Finanzierungshilfen bittet. Die innere Ablehnung gegen unser Nachbarland Polen ist überall spürbar; das ist keine gute Entwicklung für die Zukunft eines europäischen Miteinanders. Was mich am meisten hierbei erschüttert, ist die emotionale Gleichgültigkeit, die einem in Deutschland entgegenschlägt. Beim heutigen Stand gehen wir daher davon aus, dass wir die benötigten Gelder wohl über das Ausland bekommen. Dort hat man mehr Verständnis und schätzt unsere Arbeit anscheinend auch in höherem Maße.

**st** Die Fragen stellte Tilman Asmus Fischer.

➔ Weitere Informationen zur Arbeit der MAMLOCK FOUNDATION:  
[www.mamlock-foundation.com](http://www.mamlock-foundation.com)

Spendenkonto der gemeinnützigen  
Stiftung bei der PAX BANK:  
DE84 3706 0193 6002 5750 17

## Zwischen Geschichts- und Tagespolitik

*Michael Wolffsohn befasst sich in seinem neuen Buch mit aktuellen Fragen deutscher Erinnerungskultur*

Er rede nicht gerne „um den heißen Brei herum“, bekennt Michael Wolffsohn in der Einleitung seines neuen Buchs, das unter dem programmatischen Titel *Tacheles* erschienen ist. Um diese Neigung weiß freilich, wer den langjährigen Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München – nicht zuletzt aus seinen zahlreichen Wortmeldungen in Zeitung, Funk und Fernsehen – kennt. Mehrere Artikel und (teils bisher unveröffentlichte)

Vorträge, die sich allesamt dem „Kampf um Fakten in Geschichte und Politik“ widmen, bilden die Grundlage der nun erschienenen Monografie. Dort schlägt Wolffsohn, dem das ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN 2018 seinen Franz-Werfel-Menschenrechtspreis verlieh, immer wieder die Brücke zwischen Fragen der deutschen Erinnerungskultur und solchen heutiger Tagespolitik. Neben anregenden wie tiefgehenden Überlegungen zum Judentum und christlich-jüdischen

(bzw. deutsch-israelischen) Beziehungen sind dabei vor allem Wolffsohns Perspektiven auf Preußen, die bundesdeutsche „Geschichtspolitik“ (übrigens eine wolffsohn-sche Begriffsschöpfung) sowie das Verhältnis der Bundeswehr zum militärhistorischen Erbe Deutschlands von Interesse.

Preußen nähert sich Wolffsohn in doppelter Weise an: zunächst mittels eines Parforceritts durch „(fast) 1000 Jahre Hohenzollern“ und sodann durch ein facetten-



FOTO: © TILL LEITEL

reiches Persönlichkeitsbild Friedrichs II.; gemeinsam ist beiden Texten, dass der Autor einen klugen und begründeten Mittelweg zwischen „Hohenzollern-Dämonologie“, wie er sie im bundesdeutschen Diskurs identifiziert und kritisiert, einerseits und Verklärung andererseits wählt. Das zeigt etwa sein Blick auf Preußen als multiethnischen und multikonfessionellen Staat. Auf der einen Seite kann Wolffsohn die Bedeutung der inneren Vielfalt für die Herausbildung spezifischer preußischer Staatlichkeit würdigen: „Der Staat, seine Administration und Bürgerschaft, war die Klammer, nicht die Nation und nicht die Konfession. Problemlos konnte dieses Staatskonzept auf nicht-deutsche und nichtprotestantische Staatsbürger ausgeweitet werden.“ Auf der anderen Seite benennt Wolffsohn gleichermaßen klar die Ambivalenzen der Monarchen, die ebendiesen Staat prägten, – so etwa die Eroberungslust des jungen Friedrich II. sowie dessen (auch beim „alten Fritz“ tief sitzenden) Antisemitismus.

Aufgrund seiner differenzierten Perspektive auf Preußentum und Friderizianismus gelingt es Wolffsohn, die Traditionen preußischer Staatlichkeit – insbesondere in der Bindung des politischen Handelns an die Verantwortung für das Gemeinwohl – als eine Wurzel politisch-gesellschaftlicher Identität für die heutige Bundesrepublik fruchtbar zu machen. Gleiches gelingt ihm mit Blick auf die Notwendigkeit der Trauer über die Toten des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust. Sie beschränkt sich für ihn allerdings nicht nur auf (Mit-)Gefühl, sondern dient als Basis für eine verantwortliche Gestaltung der Gegenwart. Diese wiederum führt den Historiker freilich nicht zu einer (radikal-)pazifistischen Grundhaltung. Vielmehr leitet er aus der Geschichte Argumente für die Wahrnehmung internationaler Schutzverantwortung ab. Ambivalenzen, die von Teilen der Friedensforschung mit Blick auf entsprechende Interventionen – etwa in Bosnien oder Ruanda – vorgebracht werden, fallen für den Autor allerdings nicht ins Gewicht.

Wolffsohn erliegt freilich nicht der Versuchung, Traditionsbestände deutscher Identität einseitig normativ zu bestimmen. Vielmehr rekurriert er immer wieder auf die Analyse gesellschaftlicher Mentalitäten sowie

die großen Linien geschichtspolitischer Diskurse und belegt die tagespolitischen Konsequenzen der von ihm identifizierten Muster. Ein wichtiges Instrument ist in diesem Zusammenhang die gemeinsam mit seinem Kollegen Thomas Brechenmacher entwickelte Methode der „historischen Deskopie“, mittels derer es ihm gelingt, ausgehend von Namensstatistiken Rückschlüsse auf politisch-mentale Trends in der deutschen Gesellschaft, und zwar gerade auch vor Beginn professioneller Meinungsforschung, zu bestimmen. So geben die Vornamen Antworten auf Fragen wie: „Orientieren sich ‚die‘ Deutschen – sprich ihre Mehrheit oder wie viele anteilig? – an der jeweiligen Obrigkeit? An der Tradition? Der Religion? Dem Deutschtum, was immer es sein sollte? Am Ausland? An welchem Ausland?“

Dieser Ansatz fördert spannende Einsichten zutage – etwa über die Haltung zum Nationalsozialismus und seinen Funktionsebenen: „Anders als die Legende besagt, war nicht 1968 der Wendepunkt zur freiwilligen Aufarbeitung des Nationalsozialismus, sondern die Wende von Stalingrad.“ Einige Beobachtungen und Schlussfolgerungen bleiben jedoch auch an der Oberfläche, etwa wenn Wolffsohn pauschal feststellt, die fehlende (namensgeberische) Weltoffenheit in der DDR – vor allem mit Blick auf hebräisch-jüdische Namen – „erklärt so manches in der Gegenwart“. Diese – zumal aus westlicher Perspektive vorgetragene – Kritik wäre womöglich überzeugender, würde sie expliziter die spezifischen politischen Rahmenbedingungen der SED-Diktatur berücksichtigen.

Höchst interessant hingegen ist Wolffsohns Beurteilung der bundesdeutschen Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Das betrifft zum einen – und dies natürlich besonders – die Kapitel, in denen er sich mit der militärischen Traditionspflege Deutschlands befasst. Immer wieder akzentuiert er hier, aber auch an anderen Stellen im Buch: „Das Wunder der Bundesrepublik und auch der Bundeswehr besteht doch gerade darin, dass einst belastete Personen (es gab freilich auch Unbelastete, aber das war nicht die Mehrheit) das Neue am neuen, wirklich demokratischen und menschlichen Deutschland mitaufgebaut und später vielleicht sogar verinnerlicht haben.“

Zum anderen verdeutlicht Wolffsohn, insbesondere am Beispiel der Dresdner Bank, in welchem Maße einzelne Akteure – gerade aus der Privatwirtschaft – in den letzten Jahrzehnten die Erforschung und öffentliche Thematisierung der NS-Vergangenheit ihrer Institutionen und Körperschaften weniger aus moralischer Überzeugung oder Einsicht als vielmehr aus Kalkül mit Blick auf Image- und infolgedessen Geschäftsförderung betreiben. Diese Beobachtung macht seine deutliche Kritik an der gegenwärtigen – sich auf der NS-Aufarbeitung gründenden – moralischen Geltungs- und Belehrungssucht der Bundesrepublik auf dem internationalen Parkett umso bedenkenswerter.

Diese Problematik betrifft insbesondere das ambivalente Verhältnis zu Israel, dem deutsche Politiker von Brandt bis Schröder (und darüber hinaus) oft genug ihre Unterstützung versagt, mindestens aber skeptisch gegenübergestanden hätten. Spannend ist dabei besonders Wolffsohns Analyse der Korrelation zwischen Geschichts- und Tagespolitik im Falle des Holocaust-Gedenkens und der Nahostpolitik – seit Brandts Kniefall in Warschau: „Je heftiger die tagespolitischen Kontroversen mit Israel, desto makelloser musste die normativ-geschichtspolitische Weste gegenüber dem jüdischen Staat und ganz allgemein vor der jüdischen Welt, nicht zuletzt der amerikanisch-jüdischen, sein.“ Bereits an früherer Stelle fragt Wolffsohn: „Geschichtspolitik als Absolution für Tagespolitik?“ Dieser provokante Gedanke ließe sich – um diese plausiblen Überlegungen einmal fortzuspinnen – womöglich auch auf das immer wieder oberlehrerhafte Verhalten deutscher Politiker gegenüber den Visegrád-Staaten übertragen.

st Philip D. Hofmann  
und Tilman A. Fischer



Michael Wolffsohn

### Tacheles

Im Kampf um die Fakten  
in Geschichte und Politik

Freiburg i. Br., Herder 2020,  
320 S., gebunden mit  
Schutzumschlag, € 26,-  
ISBN 978-3-451-38603-9-1



Rainer Zacharias

## Evangelische Kirchengeschichte für die Stadt Marienburg 1526 bis 1945

Münster: Copernicus-Vereinigung, 2019 (= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Bd. 39); 736 S. mit 63 S/W-Abb., 16 Farb-Abb. und zwei beiliegenden Karten, geb., € 24,80 (Book on Demand) – ISBN 978-3-924238-53-7

Der Autor, der über Jahrzehnte mit profunden Schriften zur Geschichte von Marienburg hervorgetreten ist, legt hier zum Themenbereich der evangelischen Kirchengeschichte der Stadt sowie des angrenzenden Raums der Weichselmündung zu diesem Themenbereich

ein Opus magnum vor. Detailgenau erschließt er die historische Entwicklung von der Reformation bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, schildert die Voraussetzungen und Formen des kirchlichen Lebens und geht ausführlich auch auf die evangelischen Gemeinden und die Dorfkirchen in den beiden Marienburger Werdern ein.



Birgitt Borkopp-Restle

## Der Schatz der Marienkirche zu Danzig – Liturgische Gewänder und textile Objekte aus dem späten Mittelalter

Affalterbach: Didymos, 2020; 392 S. mit 191 Farb-Abb. und 156 Graphiken, geb., € 48,00 – ISBN 978-3-939020-71-4

Der Paramentenschatz der Marienkirche zu Danzig ist nach Umfang und Qualität einer der bedeutendsten textilen Bestände, die sich aus dem Mittelalter erhalten haben. Die Autorin, die die Abteilung für die Geschichte der textilen Künste am Institut für Kunstgeschichte

der Universität Bern leitet, erfasst in diesem opulenten Katalog die heute in Lübeck und Nürnberg bewahrten Werke des Schatzes. In ausführlichen Texten und mit zahlreichen farbigen Abbildungen, Schnittzeichnungen der Gewänder und detaillierten webtechnischen Analysen der Stoffe stellt sie die Objekte entsprechend dem aktuellen Stand kunsthistorischer Forschung vor.



Martin Pollack

## Die Frau ohne Grab. Bericht über meine Tante

Wien: Zsolny, 2019; 179 S., geb., € 22,00 – ISBN 978-3-552-05951-1

Nach *Der Tote im Bunker* folgt Martin Pollack nun den Spuren seiner Großtante, die am Ende des Zweiten Weltkriegs zu Tode kommt und deren Grab nie gefunden wird. Die siebzugjährige Pauline Drolc wird 1945 von jugoslawischen Partisanen in ihrem slowenischen Heimatort verhaftet

und in ein Internierungslager gebracht. Wenige Wochen später ist sie tot. Pauline ist die Einzige in der stramm deutschnationalen Familie, die in der frühen Nachkriegszeit umkommt. Nach seinem Buch über den eigenen Vater, SS-Sturmbannführer Gerhard Bast, erzählt der Autor über das Schicksal eines Menschen, das beispielhaft ist für die historischen Verstrickungen in einem kleinen Ort zwischen den Grenzen.



Susan Neiman

## Von den Deutschen lernen

Aus dem Englischen von Christiana Goldmann; Berlin: Hanser, 2020; 574 S., geb., € 28,00 – ISBN 9783446265981

Die Autorin vergleicht den deutschen und den amerikanischen Umgang mit dem Erbe der eigenen Vergangenheit und widmet sich dabei vor allem der im Buch-Untertitel formulierten Frage, „wie Gesellschaften mit dem Bösen in ihrer Geschichte umgehen können“. Susan Nei-

man erlebte in Berlin, wie die Deutschen sich ernsthaft mit den eigenen Verbrechen auseinandersetzten; als mit Donald Trump ein Mann Präsident der USA wurde, der dem Rassismus neuen Aufschwung verschaffte, ging sie in die amerikanischen Südstaaten, wo sie aufgewachsen ist, zurück. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen verfasst sie Porträts einzelner Personen, an die sie jeweils philosophische Reflexionen anschließt.



Robert Parzer, Maike Rotzoll, Dietmar Schulze

## Die besetzte Anstalt. Die Psychiatrie in Kocborowo / Konradstein (Polen / Westpreußen) und ihre Opfer im Zweiten Weltkrieg

Köln: Psychiatrie-Verlag, 2020; zweisprachig dt./pl., 120 S., kart., € 25,00 – ISBN 978-3-96605-042-5

Im nahe Preußisch Stargard gelegenen Ort Konradstein befand sich eine der drei großen psychiatrischen Heil- und Pflegeanstalten der Provinz Westpreußen. Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde ein großer Teil der Insassen wie diejenigen aus der Schwesteranstalt

Schwetitz in umliegenden Wäldern erschossen. Die Autoren bieten aufgrund neuer Forschungen 15 exemplarische Biografien von Opfern des Krankmordes und / oder der NS-Psychiatrie im Reichsgau Danzig-Westpreußen. Die Namen der Opfer sind zum großen Teil bekannt, weil die Akten in der Außenstelle des Danziger Staatsarchivs in Gdingen erhalten geblieben sind.

# Impressum

## Herausgeber und Verlag:

Westpreußische Gesellschaft –  
Landsmannschaft Westpreußen e. V.  
Der stellvertr. Vorstandsvorsitzende  
Ulrich Bonk (v. i. S. d. P.)

Mühlendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck  
Telefon 0 25 06 / 30 57-50, Fax 0 25 06 / 30 57-61

## Postbank Hamburg:

IBAN: DE13 2001 0020 0150 9572 04  
BIC: PBNKDEFF oder

## Sparkasse Münsterland Ost, Münster:

IBAN: DE59 4005 0150 0034 0248 51  
BIC: WELADED1MST

**Redaktionssekretariat, Abonnement-Verwaltung  
und Anzeigenannahme:** Esther Lüchtfeld  
(sekretariat@der-westpreusse.de)

## Redaktion:

Prof. Dr. Erik Fischer (e.fischer@der-westpreusse.de) /  
*Redaktionsleiter*; Dr. Joanna Szkolnicka  
(j.szkolnicka@der-westpreusse.eu) / Ressort PANORAMA;  
Tilman Asmus Fischer (t.fischer@der-westpreusse.de) /  
Ressorts VORSPANN SOWIE POLITIK UND GESELLSCHAFT;  
Ursula Enke (u.enke@der-westpreusse.de) / *Text-  
und Bildredaktion*

## Korrespondentinnen und Korrespondenten:

Peter Neumann (Troisdorf) für Danzig, Piotr Olecki (Toruń)  
für Thorn und Kujawien-Pommern, Bodo Rückert (Köln)  
für Marienburg, Lech Słodownik (Elbląg) für Elbing

## Verlags- und Redaktionsadresse:

Der Westpreuße  
Mühlendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck  
Telefon 0 25 06 / 30 57-50, Fax 0 25 06 / 30 57-61  
sekretariat@der-westpreusse.de  
www.der-westpreusse.de

*Der Westpreuße / Begegnungen mit einer europäischen  
Kulturregion* erscheint alle zwei Monate. Der Bezugspreis  
beträgt halbjährlich oder jährlich € 18,- bzw. € 36,- sowie im  
Ausland jährlich € 42,-. Für Privatpersonen in Polen gilt bei  
Direktbezug ein Vorzugspreis von jährlich 60 Złoty.  
Zusätzlich erscheint – jeweils um einen Monat versetzt – *Der  
Westpreuße / Landsmannschaftliche Nachrichten* und ergänzt  
diese Zeitschrift zu einer Folge von 12 Monatsheften pro Jahr.  
Der Bezugspreis eines entsprechenden Gesamtabonnements  
beträgt halbjährlich oder jährlich € 39,- bzw. € 78,-, im  
Ausland jährlich € 90,-. Für Privatpersonen in Polen gilt bei  
Direktbezug hier ebenfalls ein Vorzugspreis, und zwar von  
jährlich 120,- Złoty.

Die MwSt. ist mit 7 % enthalten. Bestellungen beim Verlag.  
Der Bezug kann nur mit einer Frist von mindestens drei  
Monaten zur Mitte oder zum Ende des Kalenderjahres  
gekündigt werden. Bei Nichtbelieferung bestehen im Fall  
höherer Gewalt keine Ansprüche gegen den Verlag. Mit  
Namen oder Kürzeln gezeichnete Artikel geben nicht in jedem  
Falle die Meinung des Verlages oder der Redaktion wieder.  
Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages. – Zurzeit gilt  
die Anzeigenpreisliste Nr. 2.

**Layout, Bildbearbeitung und Druckvorlagenerstellung:**  
Mediengestaltung Kohlhaas, Bonn

**Herstellung:** WIRmachenDRUCK GmbH  
Mühlbachstraße 7, 71522 Backnang  
ISSN: 0043-4418

**Auflage:** 1.000 Exemplare

# Autorinnen und Autoren

**Alexander Kleinschrodt M. A.**, studierte Musikwissenschaft, Kunstgeschichte und Germanistik, er arbeitet als freier Kulturwissenschaftler und Autor; zudem übernimmt er regelmäßig Lehraufträge an der Universität Bonn. Seit 2018 arbeitet er als kooptiertes Mitglied im Vorstand der heutigen Westpreußischen Gesellschaft mit.

**PD Dr. Lutz Oberdörfer** lehrt am Historischen Institut der Universität Greifswald. Sein Hauptforschungsschwerpunkt ist die britische und amerikanische Außenpolitik vom späten 19. Jahrhundert bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Daraus resultieren auch Arbeiten und Publikationen zur Danzig- und Westpreußenproblematik im Vorfeld und während der Versailler Friedenskonferenz. Darüber hinaus gilt sein spezielles Interesse der Geschichte der preußischen Ostprovinzen, besonders Ost- und Westpreußens, vom Kaiserreich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.

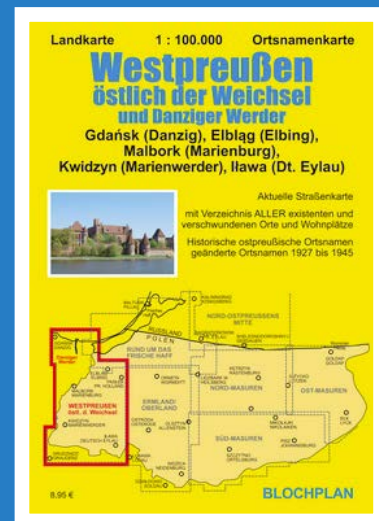
**Annegret Schröder** studierte Germanistik, evangelische Theologie und Pädagogik, zudem Ausbildung zur Verlagskauffrau; tätig als Gymnasiallehrerin an einer privaten Wirtschaftsschule. Seit 2016 ist sie Mitglied im Stiftungsrat der Kulturstiftung Westpreußen.

## Anzeige



## Stadtplan Danzig 1938 / Gdańsk heute

Berlin: BLOCHPLAN, 2019  
gefaltete Karte 60 × 42 cm  
1:10.000, € 8,95  
ISBN 978-3-982-02433-2



## Landkarte Westpreußen östlich der Weichsel und Danziger Werder

Berlin: BLOCHPLAN, 2019  
gefaltete Karte 84 × 60 cm  
1:100.000, € 8,95  
ISBN 978-3-9820-2432-5

**Erhältlich bei: Stadtplanerei BLOCHPLAN**

**Elisabethkirchstraße 14, 10115 Berlin, Tel. (030) 4 49 53 39 –  
blochplan.de**

Vor dem Rathaus von Putzig steht eine – dynamisch aus einer Wellenbewegung heraus gewonnene – Bank mit zwei Tierplastiken, die der renommierte Danziger Bildhauer Stanisław Szwechowicz 2014 geschaffen hat. Gezeigt wird ein Lachs, der im Sprung begriffen ist, und zwar in Richtung eines Löwen, der erwartungsvoll das Maul aufgesperrt hat, und man meint, schon das Triefen der Lefzen wahrnehmen zu können. Die in wenigen Augenblicken stattfindende Begegnung zwischen den beiden wird aber keineswegs tödlich ausgehen: „Fisch“ ist auf dem Speiseplan von Löwen kaum vorgehen. Welche Bedeutung dem Aufeinandertreffen der beiden stattdessen zukommt, vermag ein Blick auf das reich ausgestaltete Gesims des Rathauses zu enthüllen; denn dort ist oberhalb des Portals das Stadtwappen eingefügt: Auf einer Meereswelle treibt ein Löwe, der mit seinen Pfoten einen Lachs festhält. Diese – in der Heraldik sehr originelle – Symbiose gemahnt allerdings auch an Aspekte von Herrschaft. Tatsächlich war der Fisch in früheren Zeiten das alleinige Wappentier; der Löwe hingegen ist ein späteres Element, das entweder aufgrund der in Putzig verbrachten Exil-Jahre König Karls VIII. aus Schweden importiert wurde oder während der Oberhoheit der mächtigen Nachbarstadt vom Danziger Großwappen abgeleitet worden ist. Der Lachs wäre somit wohl nicht unzufrieden, wenn er auf den Sprung zum Löwen hätte verzichten können. **st** Erik Fischer

